

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Energie und Milch: Politik versagt!

Foto: Zoonar

Milch

Dem EU-Milchpaket droht eine weitere Abschwächung durch den Nicholson-Bericht: Weniger Bündelung und Sonderrechte für Genossenschaftsmolkereien. Ansturm auf Milchtagung in Hardehausen. Mehr Unabhängigkeit durch Milch-Bündelung. Seiten 12-14

Gentechnik

Keine Tricks! Saatgut muss sauber bleiben. Futtermittelreinheit durch nicht zugelassene GVO gefährdet. Erste Genehmigung für neuen Freisetzungsversuch mit Weizen. Gentech-Zuckerrüben für KWS-Versuch bereits ausgesät. Seiten 16 -17

Energie

Rein statistisch alle 25 Jahre ein GAU: Das Atom-Moratorium muss ein Ausstieg sein. Erneuerbaren Energien kommt noch mehr Bedeutung zu. Diskussion der AbL Niedersachsen über die Industrialisierung, Vermaisung, Flächen-Konkurrenz bei Biogas. Seite 3 und 18

Die Seite 3

Das Atom-Moratorium muss ein Ausstieg sein. 3

Agrarpolitik

Bio-Kartoffeln transparent 4

Bund-Länder-Experten unterstützen EU-Kommissar Ciolos . 5

AbL-Vorstand bei Ministerin Aigner 5

Bewegung

Biolandmitglieder wählen einen neuen Präsidenten 6

Bauern-Sternfahrt – „Wir haben es satt“ 8

Leguminosen

Bohne, Erbse und Co 7

Massentierhaltung

Europas größte Sauenzucht bei Alt Tellin? 10

Monsterprojekt für 3.200 Milchkühe 11

Schwerpunkt

Kritik am Milchpaket 12

Mehr Macht für Milcherzeuger 13

Als Milcherzeuger die Eigenständigkeit bewahren 14

Nachbau

Gesucht: Patentrezepte gegen Patente 15

Gentechnik / Patente

Gentechnik im Standortregister 16

Keine Tricks! Saatgut bleibt gentechnikfrei 17

Ohne Not gehandelt: Nulltoleranz gekippt 17

Hofportrait

Mehrere Generationen unter einem Dach 20

Weitere Themen

Unterwegs mit Petra Jacob, zu Besuch bei Amalie Lohmann, Seite 9; Meine Landwirtschaft und Leserbrief, Seite 19; Lesen, Seite 21, Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

An vielen Stellen ist die Bevölkerung in Bewegung gekommen, um kleine oder große Veränderungen in Gang zu setzen. Auch wenn andere Themen derzeit die allgemeine politische Agenda zu Recht stärker bestimmen, hat doch der Widerstand gegen eingefahrene Strukturen längst auch die Bauernhöfe erreicht. Im bestehenden Milchmarktssystem gestalten sich Bauern andere Wege, raus aus dem vertrauten Abliefermodus. Da sind im Zentrum von drei großen Genossenschaften in NRW 100 Milchbauern gemeinsam hingegangen und haben zum Jahresende 2012 die Mitgliedschaft in ihrer bisherigen Genossenschaft gekündigt. Die meisten von ihnen wollen sich nicht dafür hergeben, auf ihren Höfen die Milch in möglichst großen Mengen für einen neuen Trockenturm ihrer Genossenschaftsmolkerei zu erzeugen, um damit den Weltmarkt insbesondere in Asien zu beliefern. Vielmehr sehen sie die Chancen in anderen Vermarktungs-



Kommentar

Gras geben und Milch vermarkten

wegen, um die Menschen in den Ballungsräumen um sie herum zu versorgen. Gute Preise statt unendliche Menge sind ihr Bestreben. Zur gleichen Zeit wird vom DBV beim 2. Berliner Milchforum gefordert, endlich grenzenloses Wachstum für Milchbauern zu ermöglichen,

damit diese ihre Betriebe vergrößern können. Größer kann der Unterschied zwischen erzeugenden Milchbauern und den selbsternannten Experten des Bauernverbands und denen aus der Milchindustrie kaum zum Ausdruck kommen. Milchbauern wollen und müssen mit der Bewirtschaftung ihres Hofes den Lebensunterhalt ihrer Familien sichern. Dafür brauchen sie ausreichend hohe Milchpreise, um steigende Preise in der Produktion abzudecken und Einkommen zu erzielen. Wachstum ist nicht der Weg für Viele, denn der Markt gibt bei Sättigung keine vernünftigen Preise her.

Anders sind die Interessen der Milchindustrie und der ihr nahe stehenden Organisationen. Sie stehen für Verarbeitungs- und Zulieferbetriebe, die ihren Profit mit Umsatz erwirtschaften und eben nicht durch Urproduktion wie die Milchbauern. Daher liegt diesen Verbänden am meisten an einem billigen Rohstoff Milch, der dann verarbeitet die Produktionsstätten wieder verlässt. Leider bilden die großen Genossenschaften da keine Ausnahme mehr. Weil sie unbedingt Weltmarktplayer sein wollen, vergessen sie ihre ursprüngliche Aufgabe: Die Sicherung der bäuerlichen Einkommen der Genossenschaftsmitglieder. Doch damit nicht genug: Wenn es jetzt darum geht, wie stark sich Milcherzeuger in der EU in Zukunft zusammenschließen dürfen, fordern diese Interessenvertreter eine Sonderstellung für Genossenschaften, damit diese ihre marktbeherrschende Position gegenüber den Erzeugern behalten. Sie pfeifen auf den Charakter einer Erzeugergemeinschaft, wenn sie den sich verstärkt neu organisierten Milchbauern eine Schwächung zufügen können. Es darf deshalb bei der Zulassung von Bündelungsgraden keine Besserstellung von Genossenschaften gegenüber Erzeugergemeinschaften geben. Mit der Bündelung der Milch in Erzeugerhand, d.h. vor und unabhängig von der Stufe der Molkereien, bekäme die Milch schon vor der Verarbeitung einen echten Marktwert, wenn sich Größenordnungen bei der Bündelung ergeben oder Nachfragebedingungen am Markt einstellen, wo die Molkereien das Lebensmittel Milch erst einmal kaufen müssten. Das wollen die Genossenschaftsmolkereien mit 70 Prozent Marktanteil auf alle Fälle verhindern, denn für sie ist es so schön einfach, wenn die Mitglieder nur abliefern statt zu verkaufen. Die Milcherzeuger bekommen den Rest vom Verkaufserlös. Die Einkommen sollen ja weiter aus Brüssel sichergestellt und große Wachstumsschritte von Investoren ermöglicht werden. Wo bleibt ein Gesamtkonzept Landwirtschaft, das freiwerdende Kapazitäten im Milchbereich am Binnenmarkt anders nutzt als für den Export? Ist es nicht genau dann wieder Zeit, sich von den Ackerflächen in Brasilien mit dem problematischen Sojaanbau zu verabschieden und hier vor Ort die Möglichkeiten zu nutzen? Milch sollte auf Grünlandstandorten produziert werden, die Ackerflächen brauchen wir an anderer Stelle. Es ist wichtig, dass jetzt bei allen Entscheidungspunkten Präsenz gezeigt wird.

Jede Art von Widerstand gegen die Zementierung von Fakten bei der Milchbündelung in Bauernhand ist z.Zt. wichtig und sollte von allen Milchbauern unterstützt werden. Es geht um die Möglichkeit, zukünftig Preise am Markt zu verhandeln. Also auf! – frei nach dem AbL-Motto: Bleibt auf dem Lande und wehret Euch täglich.

Bernd Schmitz

Milchviehhalter und Landesvorsitzender der AbL-Nordrhein-Westfalen

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Das Atom-Moratorium muss ein Ausstieg sein

Kernkraft ist nicht zu beherrschen. Die Atomreaktoren sind nicht sicher, wie das traurige Beispiel in Japan zeigt

Die Atomkatastrophe in Japan heizt die Debatte um den Atomausstieg in Deutschland erneut an. Eine Technologie, die Unfehlbarkeit verlangt, wie die Atomkraft, übersteigt das menschliche Maß. Hochrisikotechnologien bergen latent die Möglichkeit, dass die geballte Produktivkraft in ihr Gegenteil umschlägt, die Destruktivität beschädigt Mensch und Natur. Die Menschen im Umfeld Fukushimas zittern, fragen sich, woher, wohin der Wind weht. Die Strahlenwolke zieht über das Land, verseucht Obst und Gemüse, das Trinkwasser und birgt die Gefahr des schleichenden Todes. Ein Restrisiko, das Mensch und Natur buchstäblich den Rest gibt, ist nicht erst seit dem Inferno in Japan neu. Seit 34 Jahren engagieren wir uns im Wendland gegen Gorleben und für den Atomausstieg, schon dreimal wurde in dieser Zeit Reaktor- und Strahlenalarm ausgelöst. Es begann mit Three Miles Island (Harrisburg), vor 25 Jahren explodierte Tschernobyl und jetzt als Folge des schweren Erdbebens zittern wir mit den Menschen im Pazifik.

Alle 25 Jahre ein Gau

Die Wahrscheinlichkeit einer Reaktor-katastrophe wird statistisch mit 1:10.000 Betriebsjahren angegeben. Diese Abschätzung sollte beruhigend wirken. Aber bei 438 Reaktoren weltweit kommt man schon rein rechnerisch auf eine Havarie in 25 Jahren. Das ist unglaublich beunruhigend. Aber der Zufall, das sogenannte Restrisiko, ist keine Rechengröße und hält sich nicht an statistische Vorgaben. Was macht die Bundesregierung? Gerade noch hatte sie alle Warnungen in den Wind (sic!) geschlagen und die Laufzeitverlängerung der 17 deutschen Atomkraftwerke beschlossen. Jetzt handelte Angela Merkel schnell und die sieben ältesten Meiler – sofern sie nicht ohnehin abgeschaltet waren wie Brunsbüttel und darüberhinaus Krümmel – wurden für eine Sicherheitsüberprüfung vom Netz genommen. Kurz danach betonte die CDU-Politikerin im Bundestag, sie halte an der Atomkraft fest. Wendehals hin, Wendehals her, diese Maßnahme ist also temporär, denn in drei Monaten kann sich die Lage beruhigt haben und mit der „Lage“ sind bestimmt auch, wenn nicht gar in erster Linie, die Landtagswahlen gemeint.

Mit der – bei jeder Gelegenheit – wiederholten Ankündigung, die Sicherheit deutscher Atomkraftwerke zu überprüfen, wird Schwarz-Gelb nicht mehr

durchkommen, den Tanz auf dem atomaren Vulkan haben die Menschen satt.

Die Ablehnung wächst weiter

Schon in den letzten drei Jahren war am Zulauf zu Demonstrationen ablesbar, dass die latent große Ablehnung dieser riskanten Form der Energiegewinnung wieder wuchs. 50.000 Menschen demonstrierten im September 2009 in Berlin, 125.000 im Frühjahr 2010, sie bildeten eine Menschenkette von Krümmel bis Brunsbüttel. 60.000 Menschen haben jetzt mit einer Menschenkette zwischen Stuttgart und dem AKW Neckarwestheim erneut gegen den Pro-Atom-Kurs der schwarz-gelben Bundesregierung demonstriert. Die Proteste, das ist sicher, werden weitergehen. In Deutschland ist man – im Unterschied zur Abhängigkeit vom Atomstrom wie in Japan – in einer energiepolitisch komfortablen Lage: Im ersten Quartal 2010 erzielte die Bundesrepublik mit gut 9 Milliarden Kilowattstunden den höchsten Exportüberschuss ihrer Geschichte. Damit wurde im ersten Quartal in Deutschland 6,7 Prozent mehr Strom erzeugt als verbraucht – obwohl die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel nicht eine einzige Kilowattstunde produzierten. Der Exportüberschuss entsprach ziemlich exakt jener Menge, die in der gleichen Zeit in den alten Reaktoren Biblis A und B, Neckarwestheim I, Isar 1, Philippsburg 1 und Grafenrheinfeld erzeugt wurde. Deutschland hätte auf diese acht Atomkraftwerke sofort verzichten können – und hätte selbst dann noch eine ausgeglichene Bilanz. Selbst bei einem vollständigen Atomausstieg gingen die Lichter nicht aus, bei einer Katastrophe sehr wohl. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien, gepaart mit Energieeffizienz, Energiesparen und intelligenten Formen des Energieeinsatzes.

Keine sichere Endlagerung

Das Reaktorrisiko und die nukleare Hinterlassenschaft, der hochradioaktive Müll, der eine Million Jahre sicher vor der Biosphäre abgeschlossen werden muss – das sind im Übrigen zwei Seiten einer Medaille und Ausdruck menschlicher Hybris. Die Havarie der beiden Atommülldeponien Morsleben und Asse II gaben genügend Anlass zur Revision auch der Endlagerpläne. In Gorleben soll hochradioaktiver Müll in einen Salzstock versenkt werden, der Wasserkontakt hat, Gaseinschlüsse kennt und unter dem ein großes Gasre-

servoir lagert. Deshalb fordern wir den sofortigen Atomausstieg und einen Neustart in der Endlagersuche.

Wolfgang Ehmke
ist Pressesprecher der Bürgerinitiative
Lüchow-Dannenberg
www.bi-luechow-dannenberg.de



50.000 Atomkraftgegner versammeln sich vor dem Hamburger Rathaus. In München, Köln, Hamburg und Berlin demonstrieren am letzten Märzwochenende über 250.000 Menschen friedlich gegen den Atomwahn.
Foto: Stachowske

Atomkraft in Zahlen:

Die meisten Atomkraftwerke wurden in den 70er und 80er Jahren gebaut. Weltweit gibt es (Stand 12.2010) 443 Reaktorblöcke in 30 Ländern. 62 neue Kraftwerke waren Ende 2010 in Bau.

In Europa gibt es 196 Atomkraftwerke, 14 werden derzeit gebaut, weitere 40 sind in Planung.

In Deutschland gibt es 110 kerntechnische Anlagen: Diese umfassen sowohl Kernreaktoren als auch Forschungsreaktoren. Derzeit gibt es 17 kommerzielle Atomreaktoren. Die sieben ältesten (Biblis A+B, Neckarwestheim, Brunsbüttel, Isar1, Unterweser und Philippsburg1) sind aufgrund des Moratoriums in Folge der Atomkatastrophe in Japan momentan vom Netz genommen.

Alternativer Strom:

Es geht auch ohne Atom. Viele Unternehmen bieten inzwischen Ökotarife an. Dabei haben viele Anbieter aber oft auch Atomstrom im Programm. Unternehmen, die überhaupt keinen Atomstrom in ihrem Angebot haben sind: Lichtblick, naturstrom, Schönauer und Greenpeace energy.

Weitere Informationen gibt auch es unter www.atomausstieg-selber-machen.de

Freihandel: Peru, Kolumbien und EU

Das Freihandelsabkommen der EU mit Peru und Kolumbien ist kürzlich ein Stück fester gezurrt worden. Die Verhandlungsführer haben im März in Brüssel das Vertragswerk weiter konkretisiert. Das Abkommen wurde im Mai 2010 bereits unterzeichnet. Damit es in Kraft treten kann, muss in der EU das Parlament zustimmen. In Kolumbien und Peru müssen jeweils die Kongresse noch ihr Okay geben. Laut der EU-Kommission ist die EU nach den USA der zweitgrößte Handelspartner der beiden Andenstaaten. Nichtregierungsorganisationen auch aus Deutschland kritisieren das Abkommen und befürchten in Peru und Kolumbien Menschenrechtsverletzungen und eine Verschlechterung der Situation der Bäuerinnen und Bauern. *bet*

Entwicklungsländer: Fleischexporte steigen

Die aktuellen Zahlen für europäische Fleischexporte 2010 brechen alle Rekorde. Allein die Geflügelexporte stiegen um 25 % auf 1,3 Mio. t. Deutschlands Fleischexporte in Drittstaaten stiegen zwischen 8 % bei Geflügel und 17 % bei Schweinefleisch. Hinter den trockenen Zahlen versteckt sich nach Recherchen des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) auch die massenhafte Ausfuhr von Fleischresten nach Afrika. Eine stattliche Zahl: 46 % mehr, oder 291.000 t, exportierte die EU 2010 an Geflügelfleischresten nach Afrika. Allein 114.000 t gingen in das kleine westafrikanische Land Benin. Die lokalen Fleischmärkte brechen darunter zusammen. „Die neuen Zahlen zeigen, das Versprechen von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner ist wenig wert. Das Menschenrecht auf Nahrung wird nicht respektiert“, so Francisco Marí vom EED. Auch bei Fleischsorten wie Schwein und Rind hätten die Exporte in Entwicklungsländer kräftig angezogen. Zahlen der EU-Kommission belegen außerdem, dass die Exporterstattungen für Schweinefleisch 60 Mio. Euro im Jahr 2009 betragen (2005 noch 19 Mio. Euro). Für Geflügelexporte haben die Unternehmen 91 Mio. Euro im Jahr 2009 erhalten (80 Mio. Euro 2005). *bet*

Abbau von Handelshemmnissen

Die EU-Kommission weist in ihrem ersten und von jetzt an jährlichen Bericht über Handels- und Investitionshindernisse auf gravierende Hemmnisse hin. Der Handelskommissar Karel De Gucht zeigt sich erobert: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Handelsvereinbarungen und -vorschriften, auf die wir uns mit unseren Partnern geeinigt haben, auch in die Tat umgesetzt werden.“ In dem Bericht werden vor allem Hindernisse beim Zugang zu den Märkten von sechs strategischen Wirtschaftspartnern der EU herausgestellt: China, Indien, Russland, Japan, Mercosur (Brasilien und Argentinien) und die USA. Auf diese Länder entfallen zusammen 45 % des EU-Handels mit Waren und gewerblichen Dienstleistungen und 41 % der ausländischen Direktinvestitionen der EU. Es werden konkrete Schritte vorgeschlagen. Dazu gehört eine Initiative zur Öffnung von Märkten für das öffentliche Beschaffungswesen, ein mögliches Streitbeilegungsverfahren, aber auch die Erörterung von Handelshemmnissen in bilateralen Gesprächen mit den betreffenden Ländern auf höchster politischer Ebene. Der Bericht liegt dem Europäischen Rat vor. *bet*

Sonnleitner will COPA-Präsident werden

Gerd Sonnleitner, Präsident des deutschen Bauernverbands und Vizepräsident des europäischen Bauernverbands COPA, ist der einzige sichere Kandidat für das Amt des COPA-Präsidenten. Das Amt wird frei, weil die Amtszeit des Iren Pádraig Walshe ausläuft. Die Wahl für zwei Jahre ist am 7. April. Neu gewählt werden auch insgesamt sechs Stellvertreter für unterschiedliche Fachgebiete, von der Gemeinsamen Agrarpolitik über bilaterale Handelsabkommen bis hin zum EU-Haushalt. Es kandidieren acht Personen, unter anderem die Präsidenten der Bauernverbände Frankreichs (FNSEA) und Irlands (IFA), Xavier Beulin und John Bryan, ferner Albert Jan Maat, der Vorsitzende des niederländischen Bauernverbandes (LTO), sowie der Präsident des spanischen Kleinbauernverbandes (UPA), Lorenzo Ramos. *ch*

Kurzes am Rande

Bio-Kartoffeln transparent

Erzeugerverein will Bauerninteressen vertreten

Kartoffeln sind etwas Besonderes, Bio-Kartoffeln einmal mehr: Sie sind anspruchsvoller im Anbau und in der Lagerung als vieles Andere und doch irgendwie Massenware. Die Frage der Vermarktungswege ob in Verarbeitung, Abpackung, konventioneller LEH, Bio-großhandel, Hofladen oder direkt in Verbrauchers Kochtopf sind vielfältig und eigentlich auch in bäuerlicher Hand. Beim „eigentlich“ fängt die Geschichte an: Mit dem Einstieg des konventionellen LEH in den großflächigen Verkauf von Bio-Kartoffeln vor inzwischen einigen Jahren entstanden neue Möglichkeiten für Bauern und Bäuerinnen, aber es entstanden auch neue Schwierigkeiten. Zwar wurden die Bio-Kartoffeln so etwas wie die Einstiegsdroge gerade bei den Discountern ins Biogeschäft und es wird nach wie vor Menge umgesetzt, die Marktteilhaber sind allerdings wenige Große. So werden von den rund 160.000 Tonnen Bio-Kartoffeln im Jahr fast zwei Drittel über drei große Vermarkter bzw. Abpacker gehandelt. Was unter dem Umsetzen solcher Mengen leidet, ist die Transparenz, die für den einzelnen Erzeuger nachvollziehbar macht, was mit seiner gelieferten Partie geschehen ist. Hinzu kommt die sich in den vergangenen Jahren immer stärker etablierende Praxis der Abpacker und Händler, deutliche Abzüge auf den Abrechnungen mit den Bauern und Bäuerinnen anzuführen, die für die Lieferanten einerseits häufig kaum nachvollziehbar sind und andererseits dazu führen, dass nicht geringe Mengen aussortierter Ware irgendwo landen – ohne dass der liefernde Erzeuger noch weiß wo, geschweige denn sie zurückbekommt, um sie gegebenenfalls anderweitig zu verwerten. „Der Infostrom ist nicht mehr da“, sagt Christoph Schäfer, Bioland-Kartoffelbauer aus dem niedersächsischen Wendland und im Vorstand eines frisch gegründeten Vereins, des Biokartoffel Erzeuger eV.

Schmerzhaft, aber fair

Der Unmut über diese Entwicklungen in der Bio-Kartoffelvermarktung an den konventionellen LEH hat Bauern und Bäuerinnen aus ganz Deutschland bewogen, sich zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenzuschließen. Voraussetzung ist die Verbandszugehörigkeit. So finden sich denn auch Bauern und Bäuerinnen aus allen ökologischen Anbauverbänden und aus allen geographischen Regionen, natürlich mit einem Schwerpunkt in den typischen Kartoffelanbaugebieten. „Das war eine wichtige Erkenntnis“, sagt die Geschäftsführerin

des jungen Vereins Monika Tiedke, „dass, wenn sich einmal einer geoutet hat, alle zusammengezuckt sind und gesagt haben: ‚Die Probleme haben wir auch.‘“ Und Schäfer ergänzt: „Jeder, der an den LEH liefert, ist betroffen, die Bindungen sind einfach anders geworden. Trotzdem muss jeder Landwirt mindestens die Chance haben zu wissen, was mit seiner Ware passiert, nach welchen Kriterien sie beurteilt wird und wo sie bleibt.“ Dafür will sich der neue Verein nun einsetzen, will Erzeuger vernetzen, mit den Abnehmern über Transparenz und Handelsvereinbarungen reden und etwas bewegen. „Wir werden scharfe Auseinandersetzungen mit den Packbetrieben bekommen, aber wir bieten auch die Chance auf mehr Berechenbarkeit in den Handelsbeziehungen.“ Schäfer ist wichtig, dass es nicht um ein stures Dagegen geht, sondern um „Interessenvertretung, schmerzhaft, aber fair.“

Gesprächsbereitschaft

Eine Verhandlungsposition auf Augenhöhe wünschen sich die Bauern und Bäuerinnen. „Augenhöhe ist allerdings ein großes Wort“, sagt Max Kainz, der als bayerischer Bioland-Kartoffelanbauer im Vorstand mitarbeitet. Für ihn wäre es schon ein erster Schritt, wenn er wieder das Gefühl bekommen würde, seine Arbeit würde wertgeschätzt. Dabei muss er sich nun anhören, unter die „Kartoffelschöner“ gegangen zu sein, obwohl er betont, es gehe ihm nicht um Schönreden von Ware, die nicht schön ist. Gleichzeitig vermutet er, dass die Abpacker eigentlich nur darauf gewartet haben, dass ihre gewinnmaximierenden Praktiken auf Unmut unter den Bauern und Bäuerinnen stoßen. Noch sind die Reaktionen der Händler und Abpacker verhalten, zumindest wird Gesprächsbereitschaft signalisiert. Auch woanders musste erst einmal für gutes Wetter gesorgt werden: „Nachdem erste Zweifel und Skepsis beseitigt sind, haben die Bioverbände nun ihre Unterstützung angekündigt“, sagt Christoph Schäfer und betont, dass man auch mit der Bioberatung zusammenarbeiten wolle. Vorbehalte, hier wachse eine neue Konkurrenz, will er nach allen Seiten gründlich zerstreuen, aber er fragt auch: „Wer vertritt unsere Interessen?“ und weiß doch gleichzeitig die Antwort: „Wir können es als Bauern nur selbst in die Hand nehmen.“ *cs*

Infos: www.bke-verein.de

Bund-Länder-Experten unterstützen EU-Kommissar Ciolos

„Greening“ in erster Säule, statt über zweite Säule. Obergrenzen ohne viel Bürokratie möglich

Wenn Bundesministerin Ilse Aigner bisher zu den Vorschlägen des EU-Agrarkommissars Dacian Ciolos befragt wurde, warnte sie oft vor zu viel „blühender Bürokratie“, wenn die Direktzahlungen an konkrete Umweltleistungen gebunden würden („Greening“ oder „Begrünung“). Gleichzeitig unterstützt sie den Ansatz ihres Parteifreundes Albert Deß, der für das Europäische Parlament einen umstrittenen Entwurf für eine Stellungnahme zu den Kommissionsvorschlägen vorgelegt hat. Wie Deß spricht sich auch Aigner bisher dafür aus, dass die Direktzahlungen nicht an wenige ganz bestimmte Umweltleistungen gebunden werden, sondern dass die Betriebe aus einem großen Menü möglicher Agrarumweltmaßnahmen der zweiten Säule wählen können sollen, um weiterhin die vollen Direktzahlungen der ersten Säule zu bekommen.

Experten sind anderer Meinung

Zu ganz anderen Empfehlungen kommt eine Expertengruppe aus den Landwirtschaftsministerien von Bund und Ländern. In einem Papier vom 8. März werden die Vorschläge der EU-Kommission unter dem Aspekt der „unbürokratischen Umsetzung“ analysiert. Erstens empfehlen die Ministeriums-

mitarbeiter auch aus Gründen der einfacheren Verwaltung, die Direktzahlungen nicht etwa an ein Menü von wählbaren Maßnahmen, sondern an einige wenige wirksame und gleichzeitig leicht kontrollierbare Maßnahmen verbindlich zu binden. Für geeignet halten sie dabei ein Umwandlungsverbot für Dauergrünland, einen Mindestanteil an „ökologischer Flächenstilllegung“ von Ackerflächen sowie Mindestvorgaben für die Fruchtfolge (als Vorgaben für jährliche Anbauverhältnisse auf den betrieblichen Ackerflächen). Vorgaben zur Winterbegrünung hält die Expertengruppe dagegen für sehr aufwändig in der Kontrolle.

Greening integrieren

Zweitens empfehlen die Experten der Ministerien, die Vorgaben nicht über Maßnahmen der zweiten Säule abzuwickeln, sondern als Anspruchsvoraussetzung für die Direktzahlungen direkt in der ersten Säule zu verankern: „Das Greening dürfte bei einem schlanken, weitgehend in die bisherigen Kontrollen integrierbaren und grundsätzlich für alle Landwirte verbindlichen Spektrum von jährlichen Maßnahmen über die 1. Säule mit weit weniger Bürokratie umsetzbar sein als über die 2. Säule.“ Auch auf die Einführung einer betrieb-

lichen Obergrenze für die Direktzahlungen, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, geht das Papier ein. Es betont die ablehnende Haltung Deutschlands dazu, doch wenn das nicht zu verhindern sei, sei eine Obergrenze oder auch eine gestaffelte Kürzung nach Höhe der Betriebsprämie „verwaltungsmäßig relativ einfach umsetzbar“. Wenn dabei Arbeitskräfte

berücksichtigt werden sollten, dann halten die Experten die Anrechnung der tatsächlich entlohten Arbeitskräfte oder der Lohnsummen für einfacher und rechtssicherer, als kalkulatorische Arbeitsbedarfe heranzuziehen.

uj



Viel zu selten sucht die oberste Landwirtschaftspolitikerin das Gespräch mit den Bauern. Hier bei einem Treffen von Ilse Aigner mit Milchbauern aus NRW. Foto: Herzog

AbL-Vorstand bei Ministerin Aigner

Vorschlag zur EU-Agrarpolitik erläutert. Weitere Themen

Am 21. März haben sich der AbL-Bundesvorstand und Bundesministerin Ilse Aigner in Berlin zu verschiedenen Themen ausgetauscht. Die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik bildete dabei einen Schwerpunkt. Der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf sagte, dass der von Ministerin Aigner bisher unterstützte Vorschlag des CSU-Europaabgeordneten Albert Deß zu sehr komplizierten Regelungen führen und dabei die zweite Säule der Agrarpolitik finanziell ausrauben und die eigenständige Konzeption der zweiten Säule in Frage stellen würde. Gleichzeitig sei offen, ob der Ansatz in der Fläche überhaupt Verbesserungen bringen werde. Graefe zu Baringdorf stellte als einfache und wirksame Alternative den Vorschlag des AbL-Vorstands vor. Der sieht vor, die Direktzahlungen an einige wenige, aber wirksame ökologische und soziale Kriterien zu binden. „Im

wesentlichen geht es um die zwei Punkte Fruchtfolge und flexible Obergrenze“, erläuterte der AbL-Vorsitzende. 30 Prozent der Betriebsprämie eines Betriebes würden demnach nur dann ausbezahlt, wenn in der Ackerfruchtfolge eine Frucht nicht mehr als die Hälfte und wenn Leguminosen oder -Gemenge wenigstens 20 Prozent der Ackerflächen ausmachen. Das einzuhalten bleibe freiwillig, aber der wirtschaftliche Anreiz dafür sei ausreichend, wenn der Betrieb bei Nichteinhaltung 30 Prozent seiner gesamten Betriebsprämie verliere, so Graefe zu Baringdorf.

Für die restlichen 70 Prozent der Betriebsprämie greife der AbL-Vorschlag die von EU-Agrarkommissar Ciolos angestrebte Obergrenze für die Direktzahlungen je Betrieb und Jahr auf. Die AbL schlage als Kompromiss 150.000 Euro vor. Den von dieser Grenze betroffenen Betrieben solle dabei das

Recht gegeben werden, die Kürzung durch Anrechnung der halben sozialversicherten Lohnkosten zu mildern. Die AbL könne sich sehr wohl strengere Vorgaben vorstellen, aber die Vorschläge sollten deutlich machen, dass es geht. „Das ist einfach und schnell umzusetzen“, so Graefe zu Baringdorf. An die Ausführungen schloss sich eine längere Diskussion mit Ministerin Aigner an.

Milch-Bündelung

Zweites Thema war die Milch. Anhand der derzeitigen Situation erläuterte die AbL-Vorsitzende Maria Heubuch, dass den Milchzeugern bisher ein Hebel fehle, um sich einen angemessenen Anteil an der Wertschöpfung der Kette zu sichern. Für die Molkeereien habe sich die Marktlage in den letzten Monaten erheblich verbessert, doch die Erzeugerpreise seien nicht entsprechend gestiegen, wohl aber die

Kosten auf den Betrieben. „Mit zunehmender Konzentration auf Seiten der Molkereien wird die Situation für uns Milcherzeuger nicht besser. Das gilt für die Genossenschaften genauso wie für die Privatmolkereien“, sagte Heubuch. Ministerin Aigner müsse sich für eine deutliche Anhebung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Grenzen für die Bündelung der Erzeuger einsetzen und dabei die Sonderstellung der Genossenschaften beseitigen, so Heubuch. Die stellvertretende AbL-Vorsitzende Gertraud Garfus aus Bayern und Beisitzerin Johanna Böse-Hartje aus Niedersachsen untermauerten die Forderung durch Berichte aus ihren Bundesländern.

Weitere Themen des Gesprächs waren Gentechnik und Patentierung, die Überarbeitung der Einspeisevergütungen für Biogasanlagen sowie die Tierschutzinitiative von Ministerin Aigner.

uj

Biolandmitglieder wählen einen neuen Präsidenten

Jan Plagge soll in den kommenden Jahren die Geschicke des Verbands leiten. Die Bauernstimme befragte den frischgewählten Bioland-Präsidenten

Unabhängige Bauernstimme: Was hat Sie bewogen, bei Bioland als Präsident zu kandidieren?

Jan Plagge: Bioland ist mir in den vergangenen zehn Jahren sehr ans Herz gewachsen. Unter den Konflikten der letzten Monate hat unser Verbandsleben gelitten. Ich möchte jetzt einen Beitrag dazu leisten, dass Bioland wieder mehr an seinen Inhalten, an seinen Zielen und an seiner Rolle in der Gesellschaft arbeiten und wirken kann.

Würden Sie das als Ihr besonderes persönliches Anliegen beschreiben?

Mein persönliches Anliegen ist es, die Menschen zusammen zu bringen. Sowohl die, die sich auseinanderentwickelt haben, als auch die, die noch gar nicht wissen, dass sie gemeinsam mehr erreichen könnten.

Man findet dieses „Zusammenbringen“ auch in Ihrer Vita.

Ja, da gibt es verschiedene Beispiele: Das verbands- und branchenübergreifende Traineeprogramm, das ich von Beginn an entwickelt und geleitet habe. Oder der Aufbau der bundesweiten Bioland Beratung, in der zu Beginn ganz unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Kulturen am Tisch saßen.



Jan Plagge: Von großer Mehrheit zum Biolandpräsidenten gewählt. Foto: Bioland

Welches sind Ihrer Einschätzung nach die für Bioland vorrangigsten Ziele in der nächsten Zeit?

Der Biolandbau und besonders der organisch biologische Landbau stehen in den kommenden Jahren vor zentralen Weichenstellungen. Das Anbausystem, also auch unser Verband, hat sich in den vergangenen 20 Jahren sehr stark mit der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, Richtlinien und

Verordnungen beschäftigt. Es ist jetzt einerseits möglich, ein guter Biobauer zu sein und gleichzeitig können die Erwartungen vom Markt und vom Verbraucher erfüllt werden. Nun müssen wir inhaltlich wieder einen Sprung nach vorne machen. Der Biolandbau muss Vorreiter und Leitbild in inhaltlichen Fragen der Lebensmittelerzeugung blei-

ben und als solcher in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Dazu gehören etwa die Klimapolitik, der Tierschutz, die Biodiversität.

Können Sie das an einem Beispiel erläutern.

Es geht zum Beispiel darum, was wir uns unter Biodiversität konkret vorstellen und vornehmen. Wir brauchen ein Leitbild, ein Ziel und wir müssen auf unseren Betrieben substantiell weiterkommen. Als Bioland Betriebe wollen wir den Naturschutz auf den Höfen und in der Landschaft realisieren, nicht nur in Schutzgebieten. Auf dem Acker sind wir in der Regel sehr gut, weil wir auf Herbizide verzichten, aber hinsicht-

lich Landschaftsbild und Landschaftsstruktur haben wir sicher noch viel Potential. Da will ich gemeinsam mit unseren Betrieben, aber auch mit den Partnern im Naturschutz, Wege entwickeln, damit wir unseren Anspruch, Artenvielfalt zu erhalten und auszubauen, optimal erfüllen können. Das

gilt ganz ähnlich auch für die anderen inhaltlichen Themen, die letztlich unseren Mehrwert für die Gesellschaft, den Markt und die Kunden ausmachen.

Es gibt eine ganze Reihe von Verbänden, die ähnliche Ziele formulieren. Wo sehen Sie Bioland innerhalb dieser Bewegung?

Ich würde Bioland gerne in der Mitte der Bewegung sehen – aber auch als

Impulsgeber dafür, was ökologische Landwirtschaft leisten kann. Wir wollen Themen aktiv anstoßen, mitgestalten und mitorganisieren. Wir sollten eine der Bedeutung des Verbands entsprechende Rolle in der Mitte der Bewegung einnehmen, als Gestalter akzeptiert in einer guten Partnerschaft mit den befreundeten Verbänden.

Im Rahmen der anstehenden GAP-Verhandlungen hat sich, auch unter der Beteiligung von AbL und Bioland, ein breites Plattformbündnis aus Anbau-, Entwicklungshilfe-, Tier- und Umweltschutzverbänden sowie kirchlichen Organisationen gegründet. Wo sehen Sie bei der Agrarreform, insbesondere für den Biolandbau noch wichtige Weichenstellungen?

Die zentrale Weichenstellung betrifft das angedachte Greening der Ersten Säule. Von Seiten der EU gibt es bisher noch keine praktikablen Vorschläge. Momentan scheint sich die Diskussion auf die Qualifizierung der Ersten Säule zu konzentrieren. In Zukunft sind aus meiner Sicht Systemansätze wie der Biolandbau gefragt, die eine Lösung für viele Probleme von Ökologie und Verbraucherschutz gewährleisten können. Eine Stärkung und der Ausbau der Zweiten Säule ist daher zwingend. Das wird derzeit in der Diskussion vernachlässigt.

Wo geht es hin? Welches sind die Herausforderungen im Biomarkt oder regelt sich alles von selbst?

Der Markt regelt sich eben gerade nicht selbst, bzw. von alleine in eine Richtung, die uns nicht gefällt. Wenn er sich jetzt weiter entwickelt, ohne dass sich die privaten Basisorganisationen, die Anbau- und die Handelsverbände, darum kümmern, dann wird die nächsten Jahre einiges schief laufen. Der Handel – damit meine ich insbesondere LEH und Discount – wird immer mehr versuchen, die Inhalte von Bioerzeugung in seinem Sinne zu bestimmen. Das kann man schon seit einigen Jahren beobachten.

Welche negativen Entwicklungen befürchten Sie?

Der Biolandbau wird auf einzelne Leistungen reduziert, die zusätzlich zu Differenzierungszwecken noch einmal kontrolliert und zertifiziert werden müssen. Das kann man z.B. bei Hofer (Aldi) in Österreich beobachten, wo zusätzlich ein wissenschaftlich zweifelhafter CO₂-Fußabdruck

erstellt wird. Alles grundlegende Punkte, die vom Biolandbau erwartet werden: Biolandbau ist klimafreundlich und geht schonend mit den natürlichen Ressourcen um. Was dem Biolandbau nicht passieren darf ist, dass diese Grunderwartungen noch mal einzeln obendrauf gesetzt werden. Dann versteht der Verbraucher gar nichts mehr. Um das zu verhindern, müssen wir diese Themen selber aktiv aufgreifen und den Kunden und Marktpartnern deutlich machen: Biolandbau ist klimafreundlich, schont die natürlichen Grundlagen und setzt sich für Artenvielfalt ein. Daran müssen wir inhaltlich und kommunikativ arbeiten. Wir müssen zeigen: Wenn Bioland draufsteht, sind all die erwarteten Leistungen drin.

Ihr Arbeitsplatz war in den vergangenen Jahren in Süddeutschland? Mein Schreibtisch stand in Augsburg und dort bin ich in den Zug gestiegen, um dahin zu fahren, wo ich gebraucht wurde oder mich engagiert habe. Das waren die anderen Landesgeschäftsstellen, die Orte, wo Tagungen oder Treffen der Bauern stattgefunden haben. Auch bei der Biolandberatung haben wir keine Zentrale, sondern regionale Geschäftsstellen, von denen aus wir operiert haben, auch viele Heimbüros, von wo aus die Berater agieren und arbeiten. Ich war immer viel unterwegs.

Die Bundesgeschäftsstelle von Bioland befindet sich in Mainz. Werden Sie Augsburg verlassen und an den Rhein ziehen?

Der Sitz des Präsidenten bleibt in Mainz. Ich werde regelmäßig in Mainz sein, aber wie bisher auch sehr viel in den Regionen, überall dort, wo inhaltlich gearbeitet wird. Ich werde aber auch, weil dort meine Familie lebt, meinen Schreibtisch in Augsburg behalten.

Die Bundesgeschäftsstelle von Bioland befindet sich in Mainz. Werden Sie Augsburg verlassen und an den Rhein ziehen?

Der Sitz des Präsidenten bleibt in Mainz. Ich werde regelmäßig in Mainz sein, aber wie bisher auch sehr viel in den Regionen, überall dort, wo inhaltlich gearbeitet wird. Ich werde aber auch, weil dort meine Familie lebt, meinen Schreibtisch in Augsburg behalten.

Vielen Dank für das Gespräch *mn*

Die Menschen zusammen bringen

Bohne, Erbse und Co

AbL-Projekt soll helfen, Leguminosen wieder mehr Beachtung zu verschaffen

Vom Acker in den Futtertrog – für eine zukunftsweisende Eiweißfuttermittelsversorgung für Nordrhein-Westfalen, so heißt ein im März gestartetes Projekt der AbL-NRW. Der hohe Eiweißfuttermittelbedarf in Europa, speziell in der Tierernährung, und der nur noch geringe Eigenanbau von Eiweißfuttermittelpflanzen haben zu einem Importanteil von über 75 Prozent in diesem Bereich geführt.

Dramatischer Anbaurückgang

Der Anbau von Körnerleguminosen ist seit Jahren auf einem niedrigen Niveau. Sind Arten wie Ackerbohne, Erbse und Lupine noch im Jahr 2003 mit über 200.000 ha auf deutschen Ackerflächen angebaut worden, so beträgt die Anbaufläche jetzt nur noch etwa 100.000 ha. Gründe für diesen Rückgang sind vielfältig, aber nicht immer nachvollziehbar. So dezimieren Leguminosen Krankheiten und Ungräser in wintergetreidebetonten Fruchtfolgen. Durch ihre Fähigkeit, Luftstickstoff zu fixieren, besitzen sie einen sehr guten Vorfruchtwert. Dies gilt für den ökologischen wie für den konventionellen Landbau. Wie konnte es trotz dieser pflanzenbaulichen Vorteile zu einem so erheblichen Anbaurückgang kommen? Im ökologischen Landbau haben Leguminosen immer eine wichtige Rolle innerhalb der Fruchtfolge gespielt. Im Besonderen die Stickstofffixierung und bei mehrjährigem Klee- und Luzernegrass auch die gute Unkrautunterdrückung stehen hier im Vordergrund. Da Stickstoff zumeist der limitierende Faktor im System ist, stabilisieren Klee, Ackerbohne und Co die Fruchtfolge. Körnerleguminosen werden aber auch im ökologischen Landbau immer seltener angebaut. So zeigt die Statistik, dass in 2008 nur noch 6,2 Prozent der Ackerfläche mit Körnerleguminosen bestellt waren.

Was sind Gründe?

Mögliche Gründe gibt es einige, am häufigsten genannt werden Probleme mit Fußkrankheiten, unterschiedliche Insekten, nicht ausreichende Unkrautunterdrückung, Wildschäden, Lagerneigung sowie schwankende Erträge. Die schwankenden Erträge, die aus den jeweiligen genannten Krankheiten bzw. pflanzenbaulichen Problemen rühren können, treten von Betrieb zu Betrieb in unterschiedlicher Intensität auf. Fakt ist aber auch, dass einiges den Körnerleguminosen „unterstellt“ wird. So zeigen zum Beispiel Erntestatistiken aus 14

Jahren einen Variationskoeffizienten von 11 Prozent. Im Vergleich dazu hatte Winterweizen in dieser Erhebung einen Koeffizienten von 8 Prozent, Winterraps einen von 14 Prozent.

Sehr gute Vorfruchtwirkung

Bekannt ist auch die sehr gute Vorfruchtwirkung von Ackerbohne, Erbse und Lupine. Dies ist auch in der Praxis unumstritten, wie eine Umfrage aus dem Jahr 2005 zeigt, bei der 98 Betriebsleiter den Körnerleguminosen einen Effekt auf die Nachfolgefrucht Winterweizen von 8 bis 11 dt/ha anrechneten.

Dass die Körnerleguminosen aus konventionellen Fruchtfolgen so gut wie verschwunden sind liegt wohl hauptsächlich an den bislang preiswerten Sojaimporten, dessen guten Eiweißqualitäten und einem eingeschränkteren Spektrum an Pflanzenschutzmitteln gegenüber den klassischen Kulturarten. Erschwerend kommt hinzu,



Foto: Moos/pixelio

dass in viehhintensiven Regionen Pflanzenarten, die zusätzlich Stickstoff ins System bringen, nicht ins Konzept passen. Aber letztendlich geht alles über den Preis. Seitdem die Sojapreise auf einem relativ hohen Niveau liegen, wird auch in der *top agrar* wieder über die Möglichkeit der Erbsenverfütterung in der Schweinemast geschrieben. Hier wird der Erbse ein Marktpreis von gut 27 € angerechnet, wenn die Notierungen von Soja bei 35 € und die von Weizen bei 20 € liegen. Fakt ist aber auch, dass man vergeblich nach Notierungen für regionale Körnerleguminosen in den landwirtschaftlichen Wochenzeitungen sucht. Sprich, es gibt keinen „offiziellen“ Markt.

Förderungen

Bestrebungen, die Leguminosen in der Fruchtfolge, aber auch in der Fütterung zu halten, hat es immer mal wieder gegeben. Speziell in Nordrhein-Westfalen wird noch einigen der Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hülsenfrüchten e.V. in guter Erinnerung sein. In den späten 1980ern wurde über diesen Verein eine Art Selbstverwertungsprämie von Körnerleguminosen für die Landwirte gesichert, die sonst nur Großabnehmer und Verarbeiter von Le-

guminosen einstrichen.

Häufig wird gefordert, die Situation mit Förderprogrammen für Leguminosen zu wenden: Mit zunehmendem Anbau könnten sich effiziente Vermarktungswege entwickeln, die Erlöse entsprechend dem Futterwert steigen, der züchterische Fortschritt stimuliert und die Produktionstechnik optimiert werden.

Frankreich subventioniert

So war es bei der massiven „Anschubfinanzierung“ für die Öl- und Eiweißpflanze Körnererbsen, so ist es bei Energiepflanzen, so könnte es auch bei einem stärkeren Engagement für die Leguminosen sein. Momentan werden in Nordrhein-Westfalen 55 €/ha an Eiweißbeihilfe gezahlt. Über die Agrarumweltmaßnahme „Vielfältige Fruchtfolgen“ ist der Anbau von mindestens 7 Prozent Leguminosen eine Bedingung, um die Förderhöhe von 65 €/ha für die Gesamtackerfläche zu erhalten. Ähnliches gibt es zum Teil auch in anderen Bundesländern – bisher ohne durchschlagenden Erfolg. In Frankreich hat die zusätzliche Subventionierung seit 2010 in einer Höhe von ca. 100 €/ha zu einer sprunghaften Ausdehnung der Anbaufläche geführt.

Was tun?

Der Bundesvorstand der AbL geht einen anderen Weg: Statt spezieller Förderungen von Eiweißpflanzen schlägt er vor, die Direktzahlungen ab dem Jahr 2014 an einen Mindestanteil Leguminosen von 20 Prozent an der Ackerfläche zu binden. Der Landesverband NRW der AbL verbindet die agrarpolitischen Forderungen in einem neuen Projekt damit, die jetzt schon vorhandenen Vorzüge der Leguminosen verstärkt in die Öffentlichkeit zu bringen, pflanzenbauliche Probleme in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis zu lösen, die Absatzwege zu stärken und Züchtungsinitiativen zu unterstützen, um eine gentechnikfreie Eiweiß(futter)-Versorgung sicher zu stellen. In diesen Bereichen arbeitet das Projekt und möchte so einen Beitrag zu einer veränderten Eiweißstrategie seitens der herrschenden Agrarpolitik erreichen.

Christoph Dahlmann
Projektleiter

Weitere Informationen auf S. 23 und bei Christoph Dahlmann, Tel.: 02381-9053170, dahlmann@abl-ev.de

Keiner will E10

Das kürzlich an den Tankstellen erschienene Benzin „Super E 10“ mit bis zu zehn Prozent Bio-Ethanolanteil ist heftig umstritten. Eingeführt wurde das neue Benzin mit der Begründung, dass es einen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen leiste. Dass dies jedoch nicht stimmt, wird inzwischen von vielen Stellen bestätigt. So kritisiert der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), dass die Produktion des Ethanols aus Weizen, Zuckerrüben oder Mais und die damit ausgelöste Nutzung zusätzlicher Anbauflächen für Getreide und andere Pflanzen sogar höhere Kohlendioxid-Emissionen verursacht als im Vergleich dazu der herkömmliche Kraftstoff. „Was die Umweltbilanz betrifft ist E 10 eine Mogelpackung und ein Fall von Verbrauchertäuschung“, so der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Zudem komme es in Entwicklungsländern zu Landraub (landgrabbing) von Flächen und der Zerstörung der dortigen bäuerlichen Strukturen, durch ausländische Großinvestoren, die Energiepflanzen in Monokulturen anbauen, so Weiger. Mit der Einführung von E 10 wird eine EU-Vorgabe umgesetzt, die vorsieht, dass der Bioethanolanteil über alle Kraftstoffsorten hinweg bis 2020 auf zehn Prozent steigen soll. mh



Neuer Landesvorstand Niedersachsen

Bei der Mitgliederversammlung des AbL-Landesverbands Niedersachsen in Syke wurde ein neuer Vorstand gewählt (auf dem Foto von links nach rechts): Gernot von Beesten (Rotenburg), Eberhard Prunzel-Ulrich (Göttingen), Jürgen Rademacher (Cuxhaven), Landesvorsitzender Martin Schulz (Dannenberg), Pressesprecher Eckehard Niemann (Uelzen) und Ottmar Ilchmann (Ostfriesland).
Foto: Büntemeyer

Aufstand in Polen

Polnische Bauern protestieren in mehreren Regionen Polens gegen niedrige Schweinepreise. Mit Traktoren versperren Anfang März Landwirte unter anderem in Lublin die Fernverkehrsstraßen, um für die Einführung von Mindestpreisen und Maßnahmen gegen Billigimporte von Schweinefleisch zu kämpfen. Zu den Demonstrationen hat die Unabhängige Bauerngewerkschaft Solidarnosc RI aufgerufen. Für den Staatssekretär im polnischen Landwirtschaftsministerium, Kazimierz Plocke, gebe es indessen keinen Anlass für Proteste, so die Berichte. *mh*

Aigner lädt ein

Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat ein Meinungsforum im Internet gestartet, das es Interessierten ermöglichen soll, sich an einer Diskussion zur Zukunft der Landwirtschaft zu beteiligen. Themen sind Umwelt, Tierhaltung, Ernährungssicherung, Weltagrarhandel und Lebensmittel. In Workshops sollen die Themen mit Wissenschaftlern, Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung sowie Gesandte breiter gesellschaftlicher Kreise diskutiert werden. Aufbauend auf den Internetbeiträgen und Ergebnissen der Workshops will das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucher (BMELV) eine Charta entwickeln, die politische Schlussfolgerungen enthalten soll. Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbands, hat derweil Sorge, „dass im Rahmen des Charta-Prozesses tatsächlich eine realistische Debatte geführt wird“, so Sonnleitner in einem offiziellen Brief an Aigner. Es sei gesellschaftspolitisch nicht tolerabel, wenn gegen eine moderne, arbeitsteilige und effiziente Landwirtschaft, die auf naturwissenschaftlicher Grundlage arbeitet, agitiert werde, so Sonnleitner. Engagierte und Interessierte haben bis zum Herbst 2011 die Möglichkeit auf der Internetseite www.bmelv.de/DE/Ministerium/Charta-Diskussion/charta_node.html ihre eigene Vorstellung zur Zukunft der Landwirtschaft in die Diskussion einzubringen. *mh*



Der neue Vorstand: (v.l.) Matthias John, Klaus Gebhard, Wilfried Förster, Bärbel Endraß, Frank Siefert, Martin Schäfer, Gudrun Emperle, Anneliese Schmech, (Es fehlen: Franz Häußler, Herbert Ernst, Bernhard Konrad und Petra Müller)
Foto: Fritz

Kurzes am Rande

Bauern-Sternfahrt

„Auf dem Weg für eine bäuerliche Zukunft – Wir haben es satt!“
Aus Süddeutschland bis vors Kanzleramt in Berlin

Ende Mai setzen sich junge Bäuerinnen und Bauern mit ihren Traktoren in Süddeutschland in Bewegung, um für eine bäuerliche, faire, tiergerechte und ökologische Landwirtschaftspolitik bis vors Kanzleramt in Berlin zu ziehen. Die Bäuerinnen und Bauern werden unterwegs Zwischenstops in zahlreichen Orten machen. Zum einen sollen Menschen besucht werden, die sich besonders aktiv für eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft einsetzen, oder aber die Stationen machen im Gegenteil auf unhaltbare Zustände vor Ort aufmerksam.

Auf dem Weg nach Berlin sammeln die Beteiligten die Wünsche und Anregungen der Bevölkerung, um diese direkt nach Berlin zu bringen.

Die Sternfahrt ist Teil der Kampagne „Meine Landwirtschaft – unsere Wahl“ und steht für tiergerechte Haltung und ein Verbot der Qualtierhaltung, sie lehnt die grüne Gentechnik in jeder Form ab und fordert von der Agrarpolitik eine solarergestützte Landwirtschaft zu fördern und die Abhängigkeit vom Öl zu stoppen.

„Es ist Zeit für einen Systemwechsel – weg

von der Industrialisierung der Landwirtschaft hin zur bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft. Die Agrarreform 2013 bietet die Chancen dafür. Wir machen uns auf den Weg für eine bäuerliche Landwirtschaft und fordern eine intensive Auseinandersetzung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Zukunft der bäuerlichen Betriebe“, sagt Lea Unterholzner, Masterstudentin für Regionalentwicklung und Naturschutz, (junge AbL).

Die Traktoren machen Station in Marktoberdorf, Neumarkt i.d. Oberpfalz, auf dem evangelischen Kirchentag in Dresden, in Weißenfels und vielen weiteren Städten und Gemeinden. Am Ziel, dem Kanzleramt in Berlin, werden Videobotschaften mit den Forderungen auf einer Großleinwand abgespielt, die zuvor in den Regionen eingefangen wurden. *mn*

Eine Aktion der Jungen AbL im Rahmen der Kampagne „Meine Landwirtschaft – unsere Wahl“

Weitere Informationen unter:
www.meine-landwirtschaft.de

Chancen nach den Wahlen

Neuer AbL-Vorstand in Baden-Württemberg gewählt

Die Mitgliederversammlung der AbL Baden-Württemberg Mitte März in Bad Boll stand ganz im Zeichen der darauf folgenden Wahlen. Schwerpunktthema der eingeladenen Referenten, AbL Geschäftsführer Georg Janßen und der grüne

Europaparlamentarier Martin Häusling, war die EU Agrarreform. Zudem wurde immer wieder spekuliert, was die Zeit nach den Wahlen am 27. März bringen werde.

Jetzt wissen wir es: Der erste baden-württemberger Ministerpräsident in Grün kommt. Erstmals werden unsere AbL-Ideen hier im Ländle als die Grundlage der Agrarpolitik akzeptiert und gehört. Ideen, die hier bisher nur als Agrarromantik von Regierung und Behörden abgetan wurde. An diese Situation muss man sich noch gewöhnen als baden-württemberger Abler. Da uns ja noch bei der Übergabe der 15.000 Unterschriften zum Erhalt der Null-Tolleranz von Staatssekretär Rittmann vorgehalten wurde, den Umsturz zu planen. Ja gerne! Jetzt haben wir ihn! Jetzt ist die AbL in Baden-Württemberg zusammen mit dem neu gegründeten Bündnis Agrar-Zukunft Baden-Württemberg mehr denn je gefragt als guter Berater der neuen Regierung. Aber viel mehr noch als deren kritischer Begleiter. Die Hoffnung auf eine neue Agrarpolitik, die bäuerliche Betriebe fördert und bei ihrer Entwicklung hilft, ist groß. Der Wechsel ist geschafft. Machen wir was drauß! Wir sind bereit. Dem neuen Vorstand viel Erfolg dabei.

*Jochen Fritz,
Geschäftsführer AbL-Baden-Württemberg*

Betriebspiegel

(elterlicher Hof im niedersächsischen Dörverden):
 Biolandbetrieb mit 100 ha
 Gemüse- und Ackerbau
 ca. 4 ha Grünland
 900 Hühner
 4 Mutterschafe: Rauwolliges
 Pommersches Landschaf
 Hofbackstube, Hofladen

Immer wieder treffe ich im Schuhregal Lauf meine fast neuen Fußballschuhe. Das letzte Mal hatten sie Kontakt mit Fuß und Ball bei meinem unfreiwilligen Abschiedsspiel mit den Frauen des SV-Bedburg-Hau im Frühjahr 2008 – Bänderriss die Diagnose. Fußball und Impro-Theater gehörten in dieser Zeit zu meinem Ausgleich zur Fachschule. Nach Landwirtschaftsausbildung und Gesellinnenjahr hieß es wieder stillsitzen und zuhören bzw. Zettelchen schreiben und den Sitz-

nachbarn ärgern... Wirklich erstaunlich, was die Lernform Schule mit einem macht – egal wie alt man ist! Zwei Jahre Ökoschule Kleve haben eine prall gefüllte Schatztruhe hinterlassen, die ich immer wieder öffne. Sei es in Form von Ordnern, die mir das Studium erleichtern, ein gemeinsam erstelltes Nachschlagewerk zum Öko-Kartoffelanbau oder die kleine Anmerkung aus meinem Notizbuch... Viele Kontakte und Freundschaften sind entstanden. Ganz besonders haben sich die vielen Exkursionen und Feldbegehungen eingebrannt, aus diesen Erfahrungen und Eindrücken schöpfe ich reichhaltig. Wir haben Biobetriebe der Region und darüber hinaus besucht, bekamen Einblick in jegliche Form der Vermarktung: vom kleinen Hofladen bis hin zu Abokiste und Biosupermarkt. Molkerei, Frosterei, Naturkost-Großhandel, Schlachtbetrieb und

Brauerei,... in die gesamte Vielfalt der Öko-Lebensmittelwirtschaft haben wir einen Einblick bekommen. Insbesondere die hofeigenen Verarbeitungen waren interessant: Backstube, Käserei, Schlachtereie und Metzgerei,... Selbst organisierte Klassenfahrten bildeten das Sahnehäubchen. Apropos Sahne – die gab es jede Woche auf Haus Riswick bei zünftigem Kaffee und Kuchen im Landfrauen-Cafe „Op de Deel“.

Unsere Klasse war ein bunt gemischter Haufen aus dem ganzen Bundesgebiet – einige mit eigenem Betrieb im Hintergrund. Auch Gärtner, GaLa-Bauer und ein Winzer hatten in dem Jahr ihren Weg nach Kleve gefunden. Der Austausch untereinander war sehr wichtig und wertvoll. Diejenigen, die die Möglichkeit nutzten, jedes Wochenende zum Arbeiten auf ihren Betrieb zu fahren, haben immer

wieder aktuelle Themen von den Höfen mit in den Unterricht gebracht. Als besondere Stärke habe ich empfunden, dass es im Unterricht immer nur soweit in die Tiefe ging, wie es für die praktische Landwirtschaft sinnvoll erscheint. Diese Praxisnähe, unterstützt durch die Exkursionen, die Lehre im angeschlossenen Öko-Versuchsbetrieb von Haus Riswick und die halbjährlichen Projektarbeiten bieten großes Potential für die zukünftige Arbeit als Betriebsleiter oder Betriebsleiterin. In meinen Projektarbeiten habe ich mich mit eigenen Themen zum elterlichen Hof auf die Entscheidung vorbereitet, diesen weiterzuführen.

Vielfältige Wahlmöglichkeiten hatten wir auch bei den Fächern. So wurde bei uns der ökologische Pflanzenbau durch Gemüsebau und Obstbau ergänzt, die ökologische Tierhaltung durch Arbeiten mit Pferden und die Haltung und Fütterung von Schafen und Ziegen. Für Käsekurs und Schlachtschein wurden externe Dozenten hinzugezogen. Die Ausbildereignungsprüfung befähigt nun selber auszubilden.

Auch in diesem Jahr wird die Ökoschule Kleve wieder ihre Türen öffnen – Anmeldungen dafür sind noch möglich.

Für mich und meine Fußballschuhe wird diesen Sommer ein neues Kapitel beginnen. Denn mit dem Einstieg in den Hof ist auch eine Rückkehr ins Dorf und damit in meine Jugend-Fußballmannschaft verbunden. Da kann ich mich dann endlich wieder körperlich so richtig auspowern und endlich auch meine gesammelten Schätze im Hofalltag anwenden.

Amalie Lohmann

Schatztruhe Kleve

Ich bin zu Besuch beim Hirtenvolk der Maasai in Kenia. Schweißperlen sammeln sich auf meiner Stirn, die Bluse klebt mir am Körper. Bei schwülen 35 Grad sitze ich im Schatten eines Krämerladens und warte. Kinder schauen mir zu. Kleine Jungen heben ihre noch kleineren Brüder in die Luft, denn sie alle finden es ja sooo interessant, dass sich eine „muzungu“ heute hier in ihr Dorf verirrt hat. Wenn ich ihnen die Hand schüttele, springen sie kreischend davon. „Sie haben Angst, deine weiße Hautfarbe könnte abfärben“, erklärt mir Meiseyiekie. In zwei feuerwehrröte Umschlagtrücker gewickelt, auf einen Hirtenstab gestützt, um Hals, Hand- und Fußgelenken und Taille glitzert kunterbunter Perlenschmuck, so sitzt er vor mir und so saß er vor mir, als wir in einem Gästehaus in Nairobi aufeinander trafen und er mich fragte: „Ich würde dir gerne mein Maasailand zeigen, willst du mitkommen?“

Kein lautes Wort, kein Stockschlag kommt aus dem Pferch, nur sanfte Stimmen und Pfeiftöne, als mich die sechsjährige Salina an der Hand nimmt. Kaum drei Jahre alt, spazierte sie sorglos umher, unter 150 Rindern, 200 Schafen und 60 Ziegen, der ganze Stolz von zwei Familien und deren vier Kindern. Ihr erwachsener Halbbruder Meiseyiekie schmust jeden Morgen mit seiner Lieblingskuh und kraut sie hinter dem Ohr. „Wir Maasai lieben unsere Rinder über alles, ein Maasai ohne Rind ist kein echter Maasai.“ Rinder sind der Mittelpunkt im Leben dieses Hirtenvolks in Kenia. Denn: sie werden von ihnen mit fast allem versorgt, was sie zum täglichen Leben brauchen. Für ihre Ernährung liefern sie Milch, Blut und Fleisch, mit dem Dung werden Hütten verputzt und wird Feuer geschürt. Aus Hufen und Knochen



Mit hundert Rindern Millionär

Schmuck gebastelt, Hörner werden zu Instrumenten und Gefäßen, die Felle Umhänge oder Bettbespannung. Wenn Bargeld gebraucht wird, werden Tiere eingetauscht oder verkauft oder sie dienen als Brautgeschenk. Wechselseitige Viehausleihen sind Ausdruck freundschaftlicher Verbindungen von Einzelnen und Familien. Die Maasai messen ihren Wohlstand nicht in Geld, sondern in Rindern: ein Mann mit 100 Rindern gilt als Millionär. Status und Reichtum eines Hirten richten sich nach der Größe der Herde.

Im Morgengrauen, bevor die Herde zu den Weideplätzen und Wasserquellen zieht, inspizieren die Männer jedes einzelne Tier. Nur die Gesunden werden auf den stundenlangen Marsch geschickt. 48 Stunden ohne Wasser auskommen zu müssen ist für das Vieh in der Trockenzeit keine Seltenheit. Die Zeburinder der Maasai vertragen lange Durststrecken. Bei Wasserknappheit geben die Kühe nur noch rund drei Liter Milch pro Tag, Zie-

gen rund ein Viertel Liter. Wenn Milch knapp ist, wird den Rindern Blut abgezapt und mit Wasser der Milch beige-mischt. Oft wird zu Beginn der Trockenzeit, um zu Bargeld zu kommen, ein Ochse verkauft, das Geld dann in Mais-mehl investiert.

Die Maasai leben in Familiengruppen zusammen; zwei, drei Haushalte, die sich Weideland teilen. Sie haben ein ökologisch sinnvolles System der mobilen Viehwirtschaft entwickelt: Regen ist in der Savanne unzuverlässig und unregelmäßig, deshalb wird Vieh dorthin verschoben, wo am ehesten Gras wächst. Ihre Herden wandern zwischen Regen- und Trockenzeitweiden hin und her, ähnlich der Almwirtschaft in den Hochgebirgen. In der Regenzeit werden die weiten Ebenen genutzt. Wenn im Oktober das Land wieder austrocknet, ist es Zeit, zumindest die Rinder auf höher gelegene Weiden zu treiben. Die fruchtbarsten Gegenden werden nur zu Notzeiten besto-

ßen, als Reserve, damit sie nicht über-nutzt werden. Alle zwei Jahre ziehen die Maasai um, damit sich das beweidete Land wieder erholen kann und nicht überweidet wird. Denn Überweidung führt vielfach zu einer Zerstörung der Grasnarbe: Pflanzen, bis auf die Wurzeln weg-gefressen, halten die Erde nicht mehr. Der Wind trägt sie davon, die Pflanzen gehen ein. Der nächste Regenguss spült Schluchten in den ungeschützten Boden, die fruchtbare Erde wird abgetragen, der Regen fließt wirkungslos über den beton-hart gewordenen Boden, sammelt sich in den Kanälen, die sich immer tiefer ins Land fressen. Savanneböden sind wie so viele Böden in Ostafrika nicht sehr tief-gründig und schnell überlastet.

Petra Jacob

zur Person

Petra Jacob: Reist um die ganze Welt, ist begeistert von Land, Leuten und der Landwirtschaft und erzählt uns von ihren Erlebnissen

Europas größte Sauenzucht bei Alt Tellin?

Die Genehmigung ist erteilt – der Baubeginn für April angekündigt. Ist der Widerstand gescheitert?

Ganz im Gegenteil! Auch wenn es auf den ersten Blick widersinnig klingt: Unsere Bürgerinitiative sieht sich als Teil einer Erfolgsgeschichte, sowohl lokal als auch bundesweit.

Blicken wir zurück:

Im Herbst 2006 wurden die Pläne des Agrarindustriellen Straathof bekannt, bei Alt Tellin eine Zuchtanlage für 10.500 Muttersauen und ca. 250.000 Ferkel jährlich zu errichten. Dieser Plan traf in der Bevölkerung auf geschätzte 80 Prozent Zustimmung. „Wir brauchen dringend Arbeitsplätze und Schweine gab es am geplanten Standort auch früher schon“, das war die weit verbreitete Meinung. Der Plan des Investors traf aber zugleich auch auf den entschlossenen Widerstand einer ganzen Reihe von Menschen, die zunächst aufgeschreckt von der schieren Dimension schnell auch die weiteren

germeister von Alt Tellin: „Wir werden alles tun, um die geplante Anlage zu verhindern.“ Er habe sich mit seinen beiden Stellvertretern darüber verständigt, dass die Gemeinde mit dem Investor Straathof nicht weiter zusammenarbeiten werde.

Lug und Trug

Leider stellte sich schnell heraus, dass diese Zusagen gelogen und nur zur Beruhigung der herrschenden Empörung gedacht waren. Sobald diese nachließ, kehrte man schleunigst zur bedingungslosen Unterstützung der Anlage zurück. Dennoch kann bis heute in der Region von einer ganz überwiegenden Ablehnung des Projekts ausgegangen werden. Allerdings mit einer wichtigen Einschränkung: Den Menschen fehlt noch der Mut, sich mit dieser Ablehnung auch öffentlich zu zeigen. Die örtliche

für eine wöchentliche Aktion! Es wird also keine Ruhe einkehren. Wir haben in den letzten Jahren aber auch eine Menge gelernt. Zum Beispiel, dass es in Deutschland fast unmöglich ist, geplante Anlagen juristisch zu verhindern. Dass dazu dringend die Gesetzeslage geändert werden muss. Und dass wir eine andere Landwirtschaftspolitik brauchen! Logisch, dass mit solchen Anforderungen eine einzelne BI völlig überfordert ist.

Deutschlandweite Bewegung

So ist es folgerichtig, dass wir sowohl Gründungsmitglied des Bundesnetzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ in Magdeburg wie auch des gleichnamigen Landesnetzwerks in Mecklenburg Vorpommern geworden sind. So konnten wir an die Erfahrung und Sachkenntnis derjenigen anknüpfen, die schon viel länger als wir die Probleme erkannt und angepackt hatten. Mittler-

weile ist auf Bundesebene eine echte Bewegung entstanden, die noch weit über diese Netzwerke hinausreicht. Die fröhliche und entschlossene Demo „Wir haben es satt“ in Berlin war ein deutliches Zeichen. Wir erleben einen gesellschaftlichen Meinungswandel. Daran wollen wir natürlich auch in Alt Tellin weiterarbeiten. Als Reaktion auf den angekündigten Baubeginn werden wir am Samstag, den 21. Mai 2011 am Baugelände ein Widerstands-Festival organisieren. Dazu werden wir die bisher bekannten Zusammenhänge und Hintergründe des Straathofschen Schweineimperiums zusammenstellen und veröffentlichen.

Industrialisierung vorantreiben

Die geplante Ferkelzucht in Alt Tellin in ihrer Riesenhaftigkeit soll der Ausgangspunkt für die beschleunigte Industrialisierung der Schweinefleischproduktion in Deutschland werden. Dazu passen dann nur noch Mastanlagen mit Mastplätzen im hohen vier- bis sogar fünfstelligen Bereich. Und am Ende der Kette sind dann Schlachtzentren wie in Weissenfels erforderlich, die zwanzigtausend Schweine täglich abschlachten können. Normale Schlachthöfe können das angestrebte „rein-raus Prinzip“ gar nicht mehr bewältigen. Sorgen wir also gemeinsam dafür, dass diese Pläne breit bekannt werden, damit die Menschen sich entscheiden können, ob sie eine solche Entwicklung wirklich wollen. Alle BI's, insbesondere natürlich die BI's aller Straathof-Standorte bitten wir um die Beteiligung mit Delegationen. Und natürlich zählen wir auch weiterhin auf die Unterstützung der AbL. Wir sehen uns in Alt Tellin!

Jörg Kröger,
Bürgerinitiative Leben am Tollensetal



Der Widerstand rollt. Demonstration auf dem Gelände der geplanten Ferkelaufzucht.

Foto: heba/UmbruchBildarchiv

Ungeheuerlichkeiten des Projektes erkannten. Sofort wurde eine Bürgerinitiative gegründet und Anfang Dezember 2006 wurde das erste Flugblatt in den Dörfern der Umgebung verteilt. Bereits im November 2007 konnte das dritte Flugblatt vom erstaunlichen Ergebnis einer Unterschriftensammlung unter den wahlberechtigten Einwohnern der Gemeinde Alt Tellin berichten, von denen nun ca. 55 Prozent gegen die geplante Anlage unterschrieben hatten. Unter dem Druck dieser Unterschriftensammlung und wegen der gleichzeitig bekannt gewordenen massiven Überbelegung in der ebenfalls von Straathof betriebenen Anlage in Meadow (50 Prozent mehr Tiere als erlaubt) erklärte nun sogar der CDU Bür-

Beteiligung an den vielfachen Aktionen unserer Bürgerinitiative ist noch viel zu schwach. Trotzdem geht unser Widerstand unvermindert weiter, wird seit geraumer Zeit sogar wieder stärker. Denn ein Baubeginn war schon öfter angekündigt, konnte von uns aber jetzt seit mehr als vier Jahren verhindert werden. Juristisch haben wir gemeinsam mit dem BUND Widerspruch gegen die erteilte Genehmigung eingelegt und prüfen derzeit die Erfolgsaussichten einer Klage. Noch wichtiger aber sind die Aktionen vor Ort: Seit Dezember letzten Jahres treffen wir uns jeden Montag um 17.00 Uhr am geplanten Baugelände zur sogenannten „Montagsinspektion“. Dazu erscheinen mittlerweile öfter mehr als 30 Teilnehmer/innen. Ziemlich viel

Der Schweinekonzern Straathof

Der Schweinekonzern Straathof Holding GmbH betreibt mittlerweile Schweineanlagen an folgenden ostdeutschen Standorten: Gladau, Binde, Fahrbinde, Meadow-Brenkenhof, Thierbach, Demsin und Parchen. Geplant sind teilweise Erweiterungen und außerdem der Neubau einer Riesen-Sauenanlage in Alt Tellin bei Demmin. Straathof besitzt zudem in Holland zwei weitere Anlagen. Insgesamt wären das mehr als 30.000 Sauen (plus Ferkel) und mehr als 100.000 Mastschweineplätze (geschätzt). Straathof konnte in seinem holländischen Betrieb „Knorhof“ nur durch eine langjährige Klage der Gemeinde zur Rücknahme einer massiven Stallüberbelegung gezwungen werden. Auch in Deutschland gibt es Klagen wegen Überbelegung von Ställen und ungenehmigten Stallerweiterungen. Proteste und Widerstand gegen Straathof gibt es an den deutschen und an den holländischen Standorten. Bürgerinitiativen berichten von Indizien, dass hinter dem Konzern der Genetik-Konzern Hendrix stehen könnte. Im derzeitigen Preistal bietet Straathof in Inseraten verstärkt billige Ferkel an.

en

Monsterprojekt für 3.200 Milchkühe

Bauern wehren sich gemeinsam mit dem „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“

Warum braucht eine Familie 3.200 Kühe? – rund um dieses große Schild machten in Barver bei Diepholz knapp 200 Bauern und Bürger ihrem Unmut gegen die geplante Mega-Milchviehanlage des Investors Kriesmann Luft. Deswegen massiv mit EU-Geldern geförderter Betrieb hält bereits 1.100 Kühe plus Jungvieh und will nun eine weitere Stallanlage für insgesamt 3.200 Kühe bauen. Deren Überschussproduktion würde den Milchpreis drücken und etwa 50 gut strukturierte Milchviehbetriebe aus dem Markt verdrängen. Die Bauern der Region befürchten den pachtpreissteigernden Verdrängungswettbewerb auf dem Pachtmarkt. Dieses „agrarstrukturelle Monsterprojekt“ wäre die größte Milchviehzeitanlage in Deutschland. Fünfzig ähnliche „industriemäßig arbeitende“ Agrarfabriken mit insgesamt 100.000 Kühen hatte einst die DDR aufgebaut – die wurden aber nach der deutschen Einheit aus ökonomischen Gründen eingestellt bzw. massiv verkleinert. In der vergangenen Niedrigpreisphase kamen gerade solche Großbetriebe in die Krise, weil sie durch ihre Lohn- und Pachtzahlungen einen hohen Anteil fixer Kosten haben. Auch die Unsicherheit, ob hinter den geplanten Zig-Mil-

lioneninvestitionen des Investors nicht ein fremder Finanzier stehe, erhöht die Skepsis und das Risiko möglicher Investitionsruinen. In den USA wächst die Ablehnung solcher Riesenfarmen, in England ist gerade eine 4.000er-Kuhanlage verhindert worden, im uckermärkischen Schmargendorf eine geplante 1.000-Kuh-Anlage eines holländischen Investors und der Hemme-Milch.

Leere Dörfer – kein Weidegang

Denn am Ende einer Agrarindustrialisierung drohen leere Dörfer ohne Landwirte und stattdessen Tierfabriken, die allein schon großbedingt keinerlei Möglichkeit der Weidehaltung mehr zulassen.

Der Widerstand gegen die Mega-Milchanlage in Barver hat gute Chancen: Bei der Entscheidung über evt. Sonderzonen für gewerbliche Riesenställe in den Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen

haben Gemeinde- und Samtgemeinderat gute Einflussmöglichkeiten zur Verhinderung oder zur Deckelung der geplanten Anlage. Auch die Zuwegung zu diesen Riesenställen ist nicht gesichert. Ausichtsreiche Ansatzpunkte zur Verhinderung sind auch die Auswirkungen der Emissionen auf Nachbarn und auf nahe gelegene Naturschutzgebiete. Für Betriebe solcher Dimensionen fehlten derzeit zudem zugelassene Genehmigungsparameter bei Emissionen oder Brandschutz.

Mittlerweile hat sich im Kreis Diepholz, der ohnehin durch eine massive Agrarindustrialisierung auch im Geflügel- und Schweinesektor bedroht ist, ein „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ gegründet, dem bisher AbL, BDM, Bioland, BUND, NABU, Bürgerinitiativen und zahlreiche Einzelpersonen angehören. Der Bauernverband dagegen unterstützt die Pläne des Investors. *en*



3.500 Kühe rufen viel Unverständnis bei der ortsansässigen Bevölkerung hervor.

Foto: Peter

Die zehn Größten

Heute sind folgende Milchvieh-Unternehmen bzw. Milchviehanlagen (geschätzt) die größten in Deutschland:

1. Bartholomäus Straathof, mit 3.000 Kühe in Kaarßen bei Hagenow;
2. Agrargesellschaft Uckermark AG, Dedelow bei Prenzlau, mit 2.500 Kühen;
3. Milchviehanlage Kröpelin (Mecklenburg-Vorpommern), vom Lohnunternehmer Stotz verkauft an die AgroEnergy AG, 2.200 Kühe;
4. Rhinmilch-Verband, Fehrbellin, 1.830 Kühe;
5. Erzeugergenossenschaft Neumark (Thüringen), 1.800 Kühe;
6. CAG Ceres Agrargesellschaft, Malentin, der Familie Koopman mit insgesamt 4.500 Kühen an vier Standorten;
7. Stadtgüter Berlin Süd Vrieling KG, Jühnsdorf, mit 3.100 Kühen an drei Standorten;
8. Budissa-Gruppe, Niederkaina, mit 2.900 Kühen an drei Standorten;
9. Vereinigte Agrarbetriebe Seydaland GmbH & Co.KG, vier Betriebe mit insgesamt 2.360 Kühen an vier Standorten;
10. Vorgebirgsmilch- und Schlachtviehgenossenschaft eG, zwei Milchviehstandorte in Hänichen und Rippien mit 1.650 Kühe.

Existenzkampf der Krabbenfischer

Parallelen zur Milch gibt es auch beim zentralisierten Krabbenmarkt

Im vergangenen Sommer hatten die deutschen Krabbenfischer mit einem „Fangstreik“ auf ihre schwierige Lage aufmerksam gemacht. Viele kleine Familienbetriebe stehen zwei großen Abnehmern gegenüber. Schon ein leichtes Überangebot führt zu einem starken Preisverfall. Im letzten Jahr hatten die Fischer mit ihrer Aktion auch kurzfristig Erfolge erzielt, aber jetzt, zu Beginn der neuen Fangsaison, treten wieder Probleme mit zu großen Fangmengen auf. Grund: Einige schwarze Schafe aus den Niederlanden, aber auch aus Deutschland halten sich nicht an die Absprache, nicht am Wochenende zu fischen, um so die

Menge der Krabben zu verringern. Die Parallelen zum Milchmarkt sind überdeutlich: Auch hier halten sich Überlieferer nicht an die immer noch geltenden Quoten und belasten so den Markt mit Übermengen. Alle Appelle an die Solidarität unter Kollegen nützen nichts. Deshalb ist in beiden Bereichen die Politik gefordert, für vernünftige Rahmenbedingungen zu sorgen. Das könnte zum Beispiel ein Verbot sein, unter Gestehungskosten zu verkaufen, wie es der französische Europaabgeordnete Jose Bove bereits vorgeschlagen hat.

Ottmar Ilchmann
Milchbauer aus Ostfriesland

Viehhandel-Strukturwandel

Im deutschen Viehhandel gibt es nach einer Untersuchung der Universität Göttingen noch 1.800 Unternehmen, wobei große Viehverwertungs-Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften gegenüber kleinen privaten Viehhändlern dominieren. Dabei gibt es in Westdeutschland noch relativ viele Händler, in den ostdeutschen Ländern aber nur noch jeweils 30 bis 45. Dabei bevorzugen es die Landwirte eigentlich aus Sorge vor zu starker Abhängigkeit, mit mehreren Abnehmern zu handeln. Die Untersuchung zeigt auch, dass sich der genossenschaftliche Viehhandel an die strukturellen Veränderungen in der Fleischwirtschaft anpasst und der wachsenden Macht der Schlachtunternehmen durch Bündelung entgegentritt. *en*

Antibiotika-Halbierung

Durch eine strenge Datenerfassung, das Verbot der Werbung in Fachblättern und ein Einsatzverbot besonders wichtiger Antibiotika wollen die Niederlande den Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung bis 2013 halbieren. Dies wäre der Stand von 1999. *en*

Teure Importe

Importländer mussten 2010 am Weltmarkt für Nahrungsmittel für Importe von Milchzeugnissen, Pflanzenölen, Fleisch, Ölsaaten und Zucker etwa so viel bezahlen wie im Hochpreisjahr 2008. Laut *AgrarZeitung* zahlen von den 1 Billion US-Dollar die Entwicklungsländer rund 350 Milliarden. *pm*

Die Situation der Milchbauern hat sich nicht deutlich verbessert, auch wenn sie momentan nur selten mit spektakulären Aktionen in den Medien sind. Der Zusammenhalt, den der gemeinsame Milchstreik gebracht hat, besteht weiter. Vor allem in regionalen Initiativen versuchen Bauern sich zusammenzuschließen, um bessere Verhandlungspositionen gegenüber den Molkereien zu erlangen. In Brüssel wird ein Milchpaket diskutiert, das den Bauern zunehmend weniger Möglichkeiten zur Bündelung gestatten soll. Auf der Milchtagung in Hardehausen wurden die aktuellen politischen Entwicklungen sowie die Bedeutung von Erzeugergemeinschaften diskutiert und praktische Erfahrungen ausgetauscht. Die Milchpolitik bleibt auch weiterhin ein bedeutendes Aufgabenfeld im Kampf um bäuerliche Kultur und Unabhängigkeit.



Kritik am Milchpaket

Der Änderungsvorschlag des Parlaments zum EU-Milchpaket schränkt die Bündelung von Milcherzeugern ein

Warum kritisieren europäische Milcherzeuger den Änderungsvorschlag des Parlaments zum Milchpaket der EU-Kommission? Die EU-Kommission will in ihrem „Milchpaket“ die Bündelung von Milcherzeugern in der EU stärken – wenn auch mit engen Grenzen. Der hierzu kürzlich veröffentlichte Änderungsvorschlag des Parlamentsabgeordneten James Nicholson schränkt die Bündelung von Milcherzeugern jedoch wieder ein und weicht einige Vorgaben für Genossenschaftsmolkereien auf. So heißt es im Kommissionsbericht, dass Erzeugergemeinschaften für ihre Landwirte die Lieferverträge mit den Molkereien aushandeln können. Mitglieder von Molkereigenossenschaften können allerdings vom Recht ausgeschlossen werden, von Erzeugergemeinschaften bei den Vertragsverhandlungen vertreten zu werden, da die Interessen der Erzeuger in Genossenschaften selbst schon genügend beachtet würden, so die Begründung der Kommission. In dem Vorschlag des Briten Nicholson heißt es dazu: „die Genossenschaftsbewegung (ist) eine Art der wirtschaftlichen Organisation unter der Leitung der Milcherzeuger selbst (...), an der die Milcherzeuger auf freiwilliger Basis mitwirken.“ Das stößt beim europäischen Verband der Milcherzeuger (EMB) auf große Empörung. In einer Stellungnahme der Milcherzeuger zu den Änderungsvorschlägen Nicholsons warnt das EMB vor einer Sonderstellung der Genossenschaften, da ein Großteil der Genossenschaften nicht

wie theoretisch angedacht, die Interessen der Erzeuger vertrete. „Wenn man Genossenschaften eine Sonderstellung gibt, weil man fälschlicherweise annimmt, hier seien die Erzeuger besser gestellt, dann verbessert man nichts an der schwachen Position [der Milcherzeuger Anm. d. R.]“, so das EMB. Das sei besonders deshalb fatal, da 58 Prozent der europäischen Milchmenge in Molkereigenossenschaften verarbeitet werde.

Zu niedrige Grenzen

Der Parlamentsabgeordnete will zudem die Grenze für eine nationale Erzeugerbündelung auf 20 Prozent setzen, statt sie bei den vorgeschlagenen 33 Prozent der EU-Kommission zu belassen. Unangetastet lässt Nicholson dagegen die EU-weite Obergrenze der Bündelung von 3,5 Prozent der europäischen Milchproduktion. Die europäischen Milcherzeuger kritisieren beide Vorschläge. Das EMB fordert ein Anheben der Grenze einer EU-weiten Bündelung auf 30 Prozent. National dürfe es hingegen gar keine Begrenzung geben. Eine Bündelungsgrenze für Genossenschaften ist in keinem der beiden Vorschläge enthalten. Fusionen von Milchgiganten wie beispielsweise vor Kurzem Nordmilch und Humana steht somit auch weiterhin Nichts im Wege. Das Milchpaket sieht vor, dass jeder EU-Mitgliedsstaat selbst entscheiden soll, ob Molkereien mit ihren Lieferanten Verträge abschließen müssen. Die Verträge müssen bestimmte von der Kommission

festgelegte Bedingungen wie Angaben zum Milchpreis, Liefermenge und -zeitplan sowie Vertragsdauer enthalten. Genossenschaften sollen entgegen den nationalen Beschlüssen auf Verträge mit Milcherzeugern verzichten dürfen, wenn „deren Satzung Bestimmungen enthält, mit denen eine ähnliche Wirkung erzielt wird“ wie die von der Kommission festgelegten. Der Änderungsvorschlag von Nicholson weicht zudem den Beschluss zu Gunsten der Molkereien weiter auf: „Selbst wenn ein Mitgliedsstaat beschlossen hat, Verträge für die Milchwirtschaft nicht zwingend vorzuschreiben, kann eine Erzeugerorganisation oder ein Landwirt einen Vertrag verlangen [...] Unter solchen Umständen kann die Molkerei entweder den Vertrag akzeptieren oder die Milchlieferung ablehnen.“ Dies trifft auf besonderes Missfallen des EMB. „Ein Milcherzeuger ist überhaupt nicht in der Lage, einen Vertrag durchzusetzen, wenn die Molkerei das Recht hat, ihn zurück zuweisen“, so der Verband. Das EMB fordert, dass Verträge obligatorisch für jeden Mitgliedsstaat, jeden Erzeuger und jeden Verarbeiter sein sollen. Zudem soll als Grundlage zur Ermittlung und Durchsetzung fairer Preise eine Monitoringstelle auf EU-Ebene errichtet werden.

Transparenz für Milcherzeuger

Von Seiten der Milcherzeuger kommt aber auch Zustimmung zu den Änderungsvorschlägen. Als notwendigen Paragraph sieht der Verband den Vor-

schlag von Nicholson an, die gesamte Milcherzeugung und das gesamte Milchangebot der EU genau zu bestimmen, um die Transparenz zu Gunsten aller Akteure der Milchversorgungskette zu erhöhen. Zu diesem Zwecke sollen „roh Milchverarbeitende Betriebe den zuständigen nationalen Behörden für jeden Monat die Rohmilchmengen angeben, die ihnen geliefert wurden“, so die Gesetzesvorschläge von Kommission und Nicholson. In seinem Änderungsvorschlag fordert der parlamentarische Abgeordnete eine verstärkte Unterstützung von Innovation, Forschung und Entwicklung in der Milchwirtschaft, „um das Potenzial von Milch und Milchzeugnissen voll auszuschöpfen“. EU weit und in Drittstaaten sollen zudem Werbemaßnahmen für Milch und -produkte durchgeführt werden, um den Verbrauch von Milchprodukten zu steigern, so der Parlamentarier. Das EMB weist darauf hin, dass Innovation und Forschung nicht unwichtig sind, jedoch nicht zur Lösung der Probleme auf dem Milchmarkt beitragen. „Der Bericht sollte sich auf die benötigten strukturellen Änderungen konzentrieren“, so das EMB. Der Verband hat Änderungsvorschläge zu dem parlamentarischen Berichtsentwurf erarbeitet und die eigenen Vorschläge für eine Reform des Milchmarktes den zuständigen Parlamentariern übergeben. Die endgültige Abstimmung über das Milchpaket wird voraussichtlich im Juni sein. *mh*

Mehr Macht für Milcherzeuger

Über Erzeugergemeinschaften und Biomilcherzeugung. Auf der diesjährigen Milchtagung der AbL wurde viel diskutiert und informiert

Der Raum war voll, die gesponserten Kaka- und Vanillemilchgetränke schon nach kurzer Zeit geleert. Viele Milchbäuerinnen, -bauern und Milchinteressierte waren zur diesjährigen Milchtagung nach Nordrhein-Westfalen gekommen, um sich unter dem Motto „Milcherzeuger (ver-)handeln selbst“ auszutauschen und zu informieren. Geladene Referenten berichteten über Erzeugergemeinschaften, Politik-Vorschläge und Praxiserfahrungen.

Der Vormittag war der Frage gewidmet, wie Milcherzeuger mit den Molkereien über ihren Milchpreis verhandeln können – bevor sie ihre Milch abliefern. Hierzu erzählte Arnold Weßling über seine Arbeit als Vorsitzender der Erzeugergemeinschaft Gütersloh. Es sei wichtig, in schlechten Zeiten nur kurzfristige Verträge mit den Molkereien abzuschließen. Von einfachen „Handschlagsverträgen“ ohne Verbindlichkeiten rät Weßling ab. Um tatsächlich verhandeln zu können, brauche eine Erzeugergemeinschaft immer mehrere Absatzmöglichkeiten. „Für eine gute Verhandlungsbasis brauchen sie eine Alternative“, sagt Weßling. Er fordert die Milcherzeuger auf, unternehmerisch zu sein und sich in Erzeugergemeinschaften zusammen zu schließen.

Kündigen für bessere Preise

Ebenfalls aus der Praxis berichtete Johannes Berger, der Vorsitzende der Bio-Milcherzeugergemeinschaft Nord. Nachdem die Molkerei Söbbeke über längere Zeit Milchpreise unter dem Durchschnitt gezahlt habe und ein Warnstreik ergebnislos blieb, hat die Liefergemeinschaft, die etwa 40 Prozent der Söbbekemilch liefert, dieser Molkerei im letzten Herbst gekündigt. Bis zum Herbst 2011 läuft die Kündigungsfrist, in der die Erzeugergemeinschaft mit der Molkerei einen besseren Milchpreis aushandeln will. „Die Chancen einer Einigung für einen nicht unterdurchschnittlichen Milchpreis sind nicht schlecht. Es gibt jedoch auch einen Plan B“, so Berger. Er hofft, dass die Lieferanten bis zum Herbst in der Erzeugergemeinschaft bleiben.

Wie die Europäische Kommission die Verhandlungsmacht der Milcherzeuger stärken will, erklärte ihr Direktor Hermanus Versteijlen. Das sogenannte „Milchpaket“ der EU soll den Milcherzeugern während des Auslaufens der Quote bis zum Jahr 2015 eine „sanfte Landung“ bescheren. Das Paket beinhaltet unter anderem das Recht der EU-

Milcherzeuger, sich grenzüberschreitend und sogar EU-weit in Erzeugergemeinschaften zusammenzuschließen. Allerdings nur bis maximal 33 Prozent der nationalen Milchproduktion und 3,5 Prozent der EU-weiten Milchmenge erreicht sind. Desweiteren rät Versteijlen, dass die Molkereien nicht mehr unabhängig von der Marktlage alle Milch der Erzeuger aufnehmen sollen. Zukünftig sollen in den Verträgen der Molkereien Preis und Liefermenge festgelegt werden. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, glaubt der EU-Direktor.

nünftige Veränderungen auf dem Milchmarkt herbeizuführen.

Für seine Rede erhielt Schaber viel Zustimmung im Raum. Ebenso Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der AbL. Er bezeichnet die Bündelungsschwelle von 3,5 Prozent als lächerlich und verurteilt ebenso, dass die Grenzen für Genossenschaftsmolkereien nicht gelten sollen. Genossenschaften könnten somit ungehindert zu Milchriesen fusionieren und die Preise am Markt diktieren. Trotzdem sieht Graefe zu Baringdorf im EU-Vorschlag

hoch lag, konnten die durchschnittlichen Vollkosten durch die Einnahmen fast voll gedeckt werden. Sprenger erläuterte diesbezüglich Möglichkeiten, die individuelle Situation auf einem Betrieb zu verbessern.

Über die Klimaschädlichkeit von Kühen referierte die Tierärztin und Buchautorin Anita Idel. Sie widerspricht der häufig vorgebrachten Behauptung, dass Kühe ein Hauptverursacher des Klimawandels seien. Die mit der Düngung verbundenen negativen Klimawirkungen seien viel größer. Außerdem



Erfolgreiche Milchtagung mit interessanten Beiträgen von (v.l.) Romuald Schaber (EMB/BDM), Hermanus Versteijlen (EU-Kommission), Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (AbL), Anita Idel (Buchautorin), Johannes Berger (Bio MEG Nord), Jürgen Sprenger (LWS Beratung Hessen), Josef Jacobi (Upländer Bauernmolkerei), (nicht auf dem Bild: Arnold Weßling (MEG Gütersloh), Bernd Vollmer (Milchbauer)) Foto: Herzog

Lächerliche Gesetze

Das sehen viele Milchbäuerinnen und -bauern anders. Bei einer anschließenden Diskussion zeigten sich einige der Anwesenden verärgert über die Vorschläge der EU-Kommission. So auch Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) und des European Milk Board (EMB). Für den Milchbauern gehen die Einschätzungen, die dem Milchpaket offenbar zugrunde liegen, an der Realität vorbei. „Durch die Vorschläge wird sich in der Praxis nichts ändern“, so Schaber. Er begründet dies unter anderem mit den viel zu niedrig gesetzten Grenzen für Zusammenschlüsse in Erzeugergemeinschaften. Schaber fordert ein Anheben der europäischen Grenze von 3,5 auf 30 Prozent. Das größte Problem sieht er darin, dass die Genossenschaften von den Gesetzesvorhaben ausgenommen sind, obwohl diese 58 Prozent der EU-Milch verarbeiteten. Der BDM prüft derzeit, über ein EU-weites Volksbegehren ver-

eine Möglichkeit für die Milcherzeuger, sich in einigen EU-Staaten erstmals überhaupt bündeln zu dürfen. Er prophezeit, dass die Milch nach Auslaufen der Quote knapp werden wird, und fordert daher alle Milcherzeuger auf, bei der Milch zu bleiben und sich in Erzeugergemeinschaften zu bündeln. „Wir müssen der Politik Macht entgensetzen. Sie wird es nicht für uns regeln“, so der AbL-Vorsitzende.

Viel Erfolg mit wenig Input

Auch die Themen des Nachmittags stießen bei den Praktikern auf großes Interesse. Jürgen Sprenger vom Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen stellte eine Studie über die Wirtschaftlichkeit der Biomilcherzeugung vor. Anhand von Vollkostenrechnungen bei bundesweit 53 Betrieben kam er zu dem Ergebnis, dass in vier untersuchten Jahren (2005 bis 2009) die Betriebe im Schnitt immer Verluste pro Arbeitsstunde machten (bei 12,50 bzw. 15 Euro Lohnansatz). Nur in einem Jahr (2007/08), in dem der durchschnittliche Milchpreis sehr

lasse sich Grünland, das weltweit 40 Prozent der Nutzfläche ausmache, nur über Wiederkäuer nutzen. Es komme darauf an, dieses Grünland nachhaltig zu nutzen, um die große Bedeutung des Dauergrünlandes als Kohlenstoffspeicher zu bewahren.

Das hat der Milchviehhalter Bernd Vollmer erfolgreich in die Praxis umgesetzt. Die Milchkühe des Biolandbauern aus dem Kreis Gütersloh haben eine stolze Nutzungsdauer von durchschnittlich acht Jahren bei sehr geringer Kraftfuttermenge und viel Weidegang. Vollmer betreibt gemeinsam mit seinen Eltern einen 35 Hektar-Betrieb mit 24 Holstein-Friesen, Nachzucht und Direktvermarktung ab Hof. „Unsere Kühe bekommen nur 1,5 Kilogramm Kraftfutter pro Tag bei einer Milchleistung von fast 7.000 Liter pro Kuh“, berichtet Vollmer. Die Familie legt Wert auf eine lange Abkalbungszeit, wenig Medikamente und viel Aufmerksamkeit für das einzelne Tier, erzählt der Milchbauer. Bei der Zucht mit Augenmerk auf Lebensleistung habe der Betrieb bisher viel Erfolg gehabt. *mhb*

Als Milcherzeuger die Eigenständigkeit bewahren

Sich organisieren – Beispiele von der Interessengemeinschaft bis hin zur eigenen Molkerei

Allein haben Milchbauern in Verhandlungen mit ihrer Molkerei wenig Einfluss auf bessere Preise, Vertragslaufzeiten oder die Geschäftspolitik. Sie können dem Marktgewicht der großen Genossenschafts- und Privatmolkereien, die jährlich viele Mio. t Milch in ihrer Hand wissen, wenig entgegensetzen. In dieser Situation befanden sich auch Milchlieferanten der Milchunion Hoheifel (MUH). Nicht einverstanden waren sie mit der Geschäftspolitik der MUH (*Bauernstimme* 2/2011). Ende 2010 reichten etwa 150 Lieferanten die Kündigung ein. Um zukünftig gemeinsam zu agieren und mehr Schlagkraft zu haben, fanden sie sich im Januar in einer Interessengemeinschaft zusammen. Dort wird nun über zukünftige Handlungsoptionen

Bauern individuelle Verträge mit der Molkerei schließen, ist ein Zusammenschluss von Vorteil, auch wenn das Verhandlungsergebnis unverbindlicher bleibt. Die Bindung an eine anerkannte MEG beträgt mindestens drei Jahre. Für viele Bauern ist das ein Hinderungsgrund, Mitglied zu werden. Für die Molkerei, die an längerfristigen verlässlichen Zusagen interessiert ist, ist dies jedoch eine wichtige Voraussetzung. Obwohl die Vorteile für die Bauern auf der Hand liegen, ist der Organisationsgrad noch immer gering. „Die mögliche Marktmacht der Milcherzeuger durch einen hohen Bündelungsgrad in MEGs wird kaum wahrgenommen“, sagt Johannes Berger, Vorsitzender der Erzeugergemeinschaft Bio-MEG Nord w.V., aus Bielefeld.

von der niederländischen Genossenschaft Friesland-Campina übernommen wurde. Heute liefert die MEG zur Berliner Milcheinfuhr-Gesellschaft mbH.

Auf dem Weg zur Gründung

Soll eine Erzeugergemeinschaft gegründet werden, stehen Bauern als Erstes vor der Herausforderung, andere Lieferanten für die Sache zu gewinnen. Dazu können auf Informationsveranstaltungen Vertreter anderer MEGs als Referenten eingeladen werden. Ist der Gründungsbeschluss gefasst, muss eine Satzung nach Maßgabe des Marktstrukturgesetzes entworfen werden. In dieser sind unter anderem die Rechtsform (e.V., w.V., GbR, GmbH oder e.G.) sowie die Art der Beschlussfassung geregelt. Die Wahl des Vorsitzes sowie je nach Rechtsform anderer Organe folgt. Die Wahl der Rechtsform ist unter anderem vom Umfang des wirtschaftlichen Handelns abhängig. Neben diesen Strukturen müssen auch Kommunikationsstrukturen wie regelmäßige Versammlungen und die Einrichtung eines Verteilers geschaffen werden. Weitere Fragen sind, welche Kosten anfallen, ob eine Geschäftsleitung angestellt, ein Büro eingerichtet werden und ob ein Eintrag ins Handelsregister erfolgen soll. Für die Gründung von anerkannten Erzeugergemeinschaften und -zusammenschlüssen, die Verarbeitung in eigenen Molkereien sowie die Vermarktung (Marktforschung, Marketing-Konzept, Werbung, Messen) können bei den Landesämtern EU-Fördergelder beantragt werden.

dermaier. Der Beirat, in dem die Lieferanten vertreten sind, kontrolliert die Geschäfte. Die MVS erfasst und vermarktet derzeit etwa 40 Mio. kg Milch von knapp 160 Bauern aus Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. Zehn „Faire Milch“-Lieferanten sind in der MEG Nordrhein-Westfalen w.V. organisiert. Die MVS hat einen Vertrag mit den Bauern. In dem Projekt „Faire Milch“ führt sie direkt mit dem Handel Gespräche. Die Molkereien werden von der MVS lediglich beauftragt. Für die fair vermarktete Milch bekommen die Erzeuger 40 Cent pro Liter. Die andere Milch wird auf dem freien Markt verkauft, z.B. an Molkereien in Italien. „Der Handel bietet immer wieder bestimmte Qualitäten wie gentechnikfreie Fütterung und Regionalität an“, berichtet Jürgen Sons aus dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen. Er ist dort zuständig für Marktstrukturverbesserung und Regionalvermarktung. Er sieht die Möglichkeit für Bauern, von sich aus ein Angebot zu machen.

Ziele der MEGs

Dazu Anton Hörmann vom Zusammenschluss der bayrischen Milcherzeugergemeinschaften: „Erzeugergemeinschaften bekommen nicht unbedingt einen höheren Preis. Dass alle gleich viel bekommen, ist eine Strategie der Molkereien, um den Anschein zu erwecken, dass wir nichts erreicht haben.“ Doch höhere Preise sind nicht das einzige Ziel. Den Bauern hilft der Zusammenschluss dabei, ihre Unabhängigkeit gegenüber den immer mächtiger werdenden Molkereien zu sichern. Gerade vor dem Hintergrund der 2013 auslaufenden Milchquotenregelung versuchen viele Molkereien schon jetzt Bauern noch enger zu binden und Verhandlungsspielräume zu minimieren. Vertrauen, Transparenz und Mitbestimmung spielen in MEGs, aber auch in von Bauern gegründeten Molkereien eine große Rolle. Diesen letzten Schritt in die Unabhängigkeit haben die Upländer Bauernmolkerei und der Hamfelder Hof getan, hinter denen als Gesellschafter ausschließlich Milcherzeuger stehen. Wichtig für den Einfluss der Einzelnen ist dabei die Größe der Molkerei. Es gibt viele Möglichkeiten, aus seiner Milch mehr als eine weiße, austauschbare Flüssigkeit zu machen. *ch*



Ein starke Gemeinschaft: Die Upländer Bauernmolkerei wird von Lieferanten getragen.

Foto: Bauernmolkerei

diskutiert. Die Gründung einer Milcherzeugergemeinschaft (MEG) ist eine davon.

Ähnlich den Gewerkschaften haben MEGs gegenüber der Molkerei durch den Zusammenschluss vieler Betriebe und der dadurch für die Molkerei bedeutenden Milchmenge eine bessere Verhandlungsposition. Positiv ist es, wenn Vermarktungsalternativen für die produzierte Milch in Form anderer Molkereien bestehen. Durch eine Vollmacht übergibt der Milchbauer der MEG das Recht, in seinem Auftrag zu verhandeln und Verträge zu unterschreiben. Zu diesem Zweck muss die MEG vom zuständigen Landesamt auf der Grundlage des Marktstrukturgesetzes anerkannt werden. Aber auch wenn die

MEGs organisieren sich

Die Bio-MEG Nord bündelt 40 Prozent der Milch der Molkerei Söbbeke. Die Lieferanten der 2008 gegründeten MEG kommen im Wesentlichen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Sie produzieren 24 Mio. Liter Biomilch. Die Erfassung erfolgt durch eine von der MEG beauftragte Spedition. Seit Herbst 2010 steht die Erzeugergemeinschaft bei Söbbeke in Kündigung. Zur Zeit wird mit der Molkerei über einen neuen Vertrag und bessere Preise verhandelt.

In der MEG Gütersloh haben sich 180 Bauern mit 66 Mio. kg Milch zusammengeschlossen. Die dort organisierten Bauern lieferten früher zu einer ansässigen Privatmolkerei, die dann

Optionen als MEG

Als Handelspartner der Erzeugergemeinschaften kommt die bisherige oder eine andere Molkerei in Frage. Eine andere Überlegung kann sein, die Milch über eine Handelsgesellschaft auf dem freien Markt anzubieten. Mit der selbstständigen Milcherfassung machen sich die MEGs und Liefergenossenschaften unabhängig. Einige MEGs gründen Vermarktungsgesellschaften, in denen sie die Milch auch kurzfristiger verkaufen. Wie zum Beispiel die 2000 gegründete und in Freising ansässige Milchvermarktungsgesellschaft (MVS) GmbH, die unter anderem die gentechnikfreie „Faire Milch“ vermarktet. Als Gesellschafter fungieren der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter sowie der „freie Bauern e.V.“. Geschäftsführer ist Jakob Nie-

Gesucht: Patentrezepte gegen Patente

Neue Studie beleuchtet die derzeitige Situation um Patente auf Leben

Durch den Wechsel vom Sortenschutz zum Patentrecht wird die Züchtung insgesamt in die Hände der Konzerne überführt, die über die wirtschaftliche Macht verfügen, sich bei Patentstreitigkeiten durchzusetzen, Wettbewerber und deren Patente aufzukaufen und die mittelständische Konkurrenz vom Markt zu drängen“, heißt in einem aktuellen Bericht über die Situation von Patenten auf Pflanzen und Tiere in Europa, den die internationale Koalition „No patents on seeds“ herausgegeben hat. Die beiden Experten zum Thema, Christoph Then und Ruth Tippe, machen deutlich, dass Patente auf Leben immer wichtiger für die strategisch denkenden Konzernlenker der wenigen Global Player in diesem Bereich sind: „Angesichts der steigenden Anzahl von Patentanträgen, der fortschreitenden Marktkonzentration und der Dynamik, die sich durch die Einführung von Patenten im Saatgutbereich ergeben kann, ist nicht auszuschließen, dass es in nicht allzu ferner Zukunft kaum noch Saatgut geben wird, das nicht dem Patentschutz unterliegt“, so die alarmierende Feststellung der Studie.

Brokkoli-Wirkung

Und das, obwohl oder vielleicht gerade deshalb, weil im vergangenen Jahr das eu-

ropäische Patentamt zwei gegensätzliche Grundsatzentscheidungen getroffen hatte. Zum einen gab die hauseigene Beschwerdekammer all jenen Recht, die sich gegen die Erteilung von Patenten auf konventionelle Züchtungsmethoden eingesetzt hatten – das vielbeschriebene Brokkoli-Patent, was nicht erteilt werden durfte. Zum anderen entschied die Beschwerdekammer aber auch, dass Pflanzen, Saatgut und Ernteprodukte auch ohne Gentechnik gezüchtet patentierbar sind, selbst wenn sie es doch für die Verfahren verneinte. Eine Situation, die, so wird es in der Studie dargestellt, zu einer steigenden Anzahl von Antragstellungen beim europäischen Patentamt im vergangenen Jahr geführt hat. Insbesondere nimmt der Anteil der Patentanträge zu, die sich auf konventionell gezüchtete Pflanzen beziehen. Und hier wiederum wird durch zum Teil haarsträubende Begründungen versucht, die Umfänge der jeweiligen Patente groß zu gestalten.

Politik gefordert

Die Strategie der häufigsten Antragsteller, Monsanto, Syngenta, BASF, Dupont oder Dow, ist offensichtlich: Handhabe vom Samenkorn bis zum Produkt auf dem Teller des Verbrauchers, der Verbraucherin.

„Die Industrie wird das Patentrecht demzufolge in Europa weiterhin missbrauchen können, um sich die Kontrolle über die Produktion von Lebensmitteln zu verschaffen“, folgern Then und Tippe. Einmal mehr wird deutlich, dass die Politik gefordert ist, endlich die gesetzlichen Grundlagen so zu ändern, dass Patente auf Tiere und Pflanzen nicht länger möglich sind. In einer fraktionsübergreifenden, gemeinsamen Erklärung fordern das bereits Mitglieder des Bundestages und auch die Bundesregierung hat sich gegen Patente auf Leben positioniert. In anderen EU-Mitgliedsstaaten regt sich ebenfalls Widerstand. All das geschieht nicht zuletzt auf Druck rühriger NGOs, Kirchen, Bauernorganisationen, Umweltgruppen. „No Patents on Seeds“ als Dach dieser breiten Opposition plant einen konzertierten Vorstoß in Europa.

cs

Alles und sofort

Landgericht München bremst die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH aus

Die Züchter wollen alles und zwar sofort, so lässt sich der gerichtliche Vorstoß der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) umschreiben, mit dem sie nun vor dem Landgericht in München scheiterte. Zu Grunde liegt der nach wie vor offene Fall eines bayerischen Bauern, der von der STV nicht nur auf Zahlung der Nachbaugebühren für die von ihm nachgebauten Kulturen, sondern auch auf Schadensersatz aufgrund „verhehlten Nachbaus“ verklagt wurde. Den Tatbestand des „verhehlten Nachbaus“ führt die STV immer dann an, wenn sie vermutet, dass Bauern und Bäuerinnen absichtlich länger – unter Umständen über mehrere Jahre – keine Nachbaugebühren gezahlt haben, obwohl sie die Anforderungen dazu von der STV bekommen hatten. Dann wollen die Züchter und die STV nicht nur die bis dahin fälligen Nachbaugebühren, sondern auch noch Schadensersatz und fordern die Summe der vollen Z-Lizenz ein. Mehrere solcher Fälle hatte es in der Vergangenheit gegeben, der bayerische hatte schließlich den Bundesgerichtshof erreicht. Dieser hatte die Fragestellung an den Europäischen Gerichtshof zur Klärung weitergereicht. Der EuGH muss nun dazu die Stellungnahmen der EU-Mitgliedsländer einholen, mit der mündlichen Ver-

handlung ist offenbar im Herbst diesen Jahres zu rechnen. Das ist der STV offenbar noch zu lange hin gewesen, vielleicht hat sie auch akute Geldsorgen, weil sie viel weniger Nachbaugebühren einnimmt, als ursprünglich mal geplant. Jedenfalls hat sie die Klage auf Zahlung der vollen Z-Lizenz vor dem Landgericht aufrecht erhalten bzw. will sich nicht damit zufriedengeben, einen Teil des von dem Bauern gezahlten Geldes nur unter dem Vorbehalt der noch ausstehenden EuGH Entscheidung bekommen zu haben.

Unter Vorbehalt

Der Bauer hatte nämlich die angefallenen Nachbaugebühren, deren Zahlung unstrittig ist, an die STV überwiesen, aber den darüber hinaus von der STV geforderten Betrag bis zur vollen Z-Lizenz nur mit dem Vorbehalt der Rückforderung im Falle einer entsprechenden EuGH-Entscheidung gezahlt. Das heißt, wenn der EuGH entscheidet, dass die STV den von ihr postulierten Umstand des verhehlten Nachbaus nicht finanziell geltend machen kann, sie also nicht irgendwelche Schadensersatzforderungen jenseits der ihr zustehenden Nachbaugebühren einfordern kann, dann möchte der hier beklagte Bauer das zu viel gezahlte Geld zurück. Eigentlich verständlich, aber von der STV nicht tole-

rierbar. Sie will das Geld ohne Vorbehalt (damit sie es möglichst nicht wieder hergeben muss, egal wie der EuGH entscheidet). Diesen Wunsch hat ihr nun allerdings das Landgericht München mit seiner Entscheidung abgeschlagen. Es folgt weitestgehend der Argumentation der Anwälte der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN) und dem beklagten Bauern und erklärt der STV, dass, wenn sie keine Zahlung unter Vorbehalt wollte, sie das Geld hätte nicht annehmen dürfen. „Die Klägerin, die den Lizenzbetrag vollständig erhalten hat, hat daher kein schützenswertes Interesse an der alsbaldigen Feststellung, dass der Vorbehalt zu Unrecht erfolgte. Vielmehr wird sie abwarten müssen (...), wie der EuGH entscheidet und ob der Beklagte danach den unter Vorbehalt gezahlten Teil der Lizenz zurückverlangt oder nicht“, schreibt das Gericht in seiner Urteilsbegründung. Deutlich wird daran, dass die STV immer noch hofft, durch Druck und Drohung abzukassieren – und zwar auch Summen, die ihr unter Umständen gar nicht zustehen. Die Lehre daraus kann nur lauten: Nicht einschüchtern lassen und genau prüfen, bevor man den Überweisungsträger ausfüllt – und: lieber auch mal Vorbehalte geltend machen.

cs



Sorten-Spektrum

Bei Winterweizen machten die deutschen Top Ten des Jahres 2010 knapp 45 % der Vermehrungsflächen aus. Dabei rangierte die A-Sorte JB Asano (BayWa) mit 9 % vor Akteur (IG Pflanzenzucht) mit 7 % und den Sorten Potenzial, Julius, Brilliant, Herrmann, Tabasco, Manager, Inspiration und Cubus. Die Marktanteile der Winterweizen-Züchter laut d/lz: KWS-Lochow mit knapp 20 % vor DSV (IG Pflanzenzucht) mit 17, Lantmännern SW Seed mit 14, Nordsaat (Saaten Union) mit 9 sowie SZ Breun (BayWa ZV), Limagrain, Schweiger, Engelen, Eckendorf, RAGT, SaKa, Dieckmann und Depez. Bei der Roggen-Vermehrung dominierten als Populationsroggen Conduct und Dukato, bei den Hybriden Palazzo und Minello, wobei 55 % der Sorten von KWS-Lochow stammen. Bei Triticale verdrängte Grenado (Syngenta) den langjährigen Spitzenreiter SW Talentro (Lantmännern SW) auf Platz Zwei vor Agostino (Lantmännern SW).

en



Rund 100 Menschen haben am 17. März vor dem Hamburger Rathaus gegen die Aufhebung der Nulltoleranz im Saatgut demonstriert. Der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz hat durch seinen Pressesprecher Ulfert Kaphengst mitteilen lassen, dass er im Bundesrat gegen eine Aufweichung des Gentechnikgesetzes stimmen wird. Thomas Sannmann von der Initiative gentechnikfreie Metropolregion Hamburg sagte dazu: „Es lohnt sich auf die Straße zu gehen und sich für gentechnikfreies Saatgut und gentechnikfreie Lebensmittel einzusetzen.“ Foto: Thomsen

Raiffeisen lässt Bauern in Skandal laufen

Der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) informiert Bauern in einem aktuellen Rundschreiben darüber, dass „aufgrund der fortschreitenden Sensitivität der Analysemethoden damit gerechnet“ werden sollte, dass in Zukunft gentechnisch veränderte DNA aus Futterpflanzen in der Milch von Kühen nachgewiesen werden könne. Der DRV bezieht sich dabei auf eine Stellungnahme des Bundesamts für Risikobewertung, nach der DNA-Fragmente aus gv-Sojabohnen in der Milch von Mäusen nachgewiesen wurden. Der DRV empfiehlt Unternehmen der Lebens- und Futtermittelwirtschaft, „im Rahmen ihrer Kommunikationsarbeit zur Gentechnik den bislang fehlenden Nachweis des Übergangs gentechnisch veränderter Bestandteile aus Futterpflanzen in Milch nicht zum zentralen Bestandteil ihrer Argumentation zu machen.“ Der Nachweis der DNA in Kuhmilch würde weder deren Qualität und Sicherheit beeinflussen, noch die Gentechnik-Kennzeichnungspflicht auslösen. Dazu Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: „Der Deutsche Raiffeisenverband hat aus dem Dioxin-Skandal nichts gelernt. Anstatt vorwärts zu denken und seine Mitglieder kritisch aufzuklären, spielt der Raiffeisenverband zu erwartende Funde von Gen-Abschnitten aus gentechnisch veränderten Futtermitteln in Milch herunter und treibt damit die Bauern in die nächste Skandal Falle.“ ch

Petition gegen Zulassungen

Die Initiative „Vielfalt erleben“ möchte mit einer Petition einen EU-Zulassungsstopp für den Anbau neuer gentechnisch veränderter Pflanzen und eine Reform des EU-Zulassungsverfahrens erreichen. Weiter sollen gesetzliche Grundlagen für regionale Anbauverbote von gentechnisch veränderten Pflanzen geschaffen werden. Getragen wird es von einem Bündnis aus Umwelt- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Lebensmittel-Verarbeitung und Handel. Unterstützer können diese Petition unter www.vielfalterleben.info/was-wir-tun/ bis zum 10. Mai unterzeichnen. ch

Klonfleisch ohne Kennzeichnung

Klonfleisch muss auch in Zukunft nicht kenntlich gemacht werden. Die Verhandlungen zwischen dem europäischen Parlament und dem EU-Rat Ende März sind gescheitert. Das Parlament konnte sich mit seiner Forderung für eine Kennzeichnung von Fleisch oder Milch der Nachfahren geklonter Tiere gegen den Widerstand einiger europäischer Mitgliedsstaaten und der europäischen Kommission nicht durchsetzen. Martin Häusling, Mitglied des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Parlament moniert, die Mitgliedsländer, darunter auch Deutschland, hätten sich dem Druck der Kommission gebeugt. „Auch den Interessen der europäischen Bauern, die nach konventionellen Züchtungsmethoden produzieren, wird die alte Regelung absolut nicht gerecht. Hingegen werden die Interessen von Drittstaaten wie den USA bedient, ihr Fleisch ungekennzeichnet auf dem europäischen Markt zu vertreiben,“ so Häusling. mh

Kurzes am Rande

Gentechnik im Standortregister

Aktuelle Freisetzungsversuche im Bundesgebiet

Obwohl MON810 wegen Sicherheitsbedenken in acht EU-Staaten, darunter Deutschland verboten ist, findet man Anmeldungen im Standortregister. Es verwundert, dass in Bayern mit etwa 90 ha die größte Fläche angemeldet ist. Sachsen kommt auf circa 60 ha, in Sachsen-Anhalt sind 13 ha angemeldet. Trotz kritischer Studien hat die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) dem MON810 im seit 2007 andauernden Neuzulassungsprozess ein positives Gutachten verfasst. Unklar bleibt warum die Kommission bisher noch nicht entschieden hat, obwohl das EFSA-Gutachten seit Juni 2009 vorliegt.

Mais-Freisetzungen

Gentechnisch veränderte Maislinien mit

technisch veränderten Zuckerrüben gestellt. Den gleichen Freisetzungsversuch hat die KWS Saat AG von 2008 bis 2011 mit der auch in den USA umstrittenen H7-1 Zuckerrübe durchgeführt.

Knollenversuche

Gentechnik-Kartoffeln mit verändertem Kohlenhydratstoffwechsel, Stärkezusammensetzung oder Pilzresistenz werden in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern und Rheinland-Pfalz von BASF, Solavista und der Landesanstalt für Landwirtschaft Bayern freigesetzt. Eine Kartoffel, die der Plastikerzeugung dienen soll, baut die Universität Rostock in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt an.



Bevor die gentechnisch veränderten Pflanzen im Freiland erprobt werden, finden Versuche im Gewächshaus statt. Foto: Transgen

den Eigenschaften Herbizidtoleranz und Insektenresistenz werden in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen zu Versuchszwecken freigesetzt. Die Linien kommen von Pioneer und Monsanto. Bisher noch nicht genehmigt ist der Antrag der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen für den Standort Braunschweig mit herbizidtolerantem Mais, der gleichzeitig zwei Insektengifte produziert.

Neue Weizen- und Rübenfreisetzung?

Die Universität Rostock hat für den Zeitraum 2011 bis 2013 einen Versuch mit pilzresistentem Sommerweizen an den Standorten Thulendorf in Mecklenburg-Vorpommern und Üplingen in Sachsen-Anhalt beantragt und genehmigt bekommen. Auch Monsanto hat einen Genehmigungsantrag für die Freisetzung von gen-

Amflora: keine Erfolgsgeschichte

BASF musste das gesamte in Deutschland angebaute Amflora-Pflanzgut im Umfang von knapp 140 t vernichten. Pressesprecher Jens Katzek: „Leider erfüllen die 2010 in Zepkow geernteten Kartoffeln die bestehenden und für uns absolut relevanten Qualitätskriterien nicht und können somit nicht weiter als Pflanzgut benutzt werden.“ Weil es dem Konzern nicht gelang, genügend Anbauer für 2011 zu finden, wird der Anbau statt geplanten 1.000 ha nun auf einer Fläche von zwei ha in Üplingen stattfinden – erneut zur Pflanzgutvermehrung. ch

Keine Tricks! Saatgut bleibt gentechnikfrei

Bundesrat entscheidet gegen eine technische Lösung und für die Nulltoleranz

Saatgut bleibt in Deutschland gentechnikfrei. Die Bundesratsinitiative von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, nach der per Verordnung „eine für alle Wirtschaftsbeteiligten praktikable technische Lösung für die Nulltoleranz bei Saatgut baldmöglichst“ definiert werden sollte, ist gescheitert. Im Agrarausschuss des Bundesrats am 28. Februar hatte es noch eine Mehrheit für diese „technische Lösung“ gegeben. Woraufhin es zu Protestaktionen in mehreren Landeshauptstädten kam, bei denen ein breites Bündnis von Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherorganisationen insgesamt über 65.000 Unterschriften überreichten und so die Beibehaltung der Saatgut-Reinheit forderten.

Mit Treckern in die Bannmeile

Am 17. März, einen Tag vor der Bundesratsabstimmung, zogen rund 30 Saatgutschützer mit Trecker und Drillmaschine in die Bannmeile vor den niedersächsischen Landtag. Bei der Übergabe einer Saatgutschale an den Landwirtschaftsminister Lindemann sagte dieser, er wolle durch definierte Messverfahren Rechtssicherheit schaffen, die dann nicht durch

eine Nachprobe ausgehebelt werden dürfe. Annemarie Volling, Sprecherin des Bündnisses für gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg, hielt dagegen: „Technische Tricks, um eine schleichende Verunreinigung des Saatguts zu legalisieren, sind fatal für die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft. Die Nulltoleranz muss ohne Wenn und Aber gelten.“ Jeder Fund von gentechnischen Verunreinigungen müsse so ernst genommen werden, dass keine Gentechnikpflanzen auf dem Acker wachsen können. Stefi Clar vom Dreschflügel e.V. und Mitglied der IG Saatgut stellte ihre Situation als Saatguterzeugerin dar: „Gentechnik-Zuckerrüben können in Mangold und Rote Beete einkreuzen, Gentechnik-Mais in Süßmais. Eine Kontamination bedroht meine Existenz. Deshalb brauchen wir Züchterinnen und Saatguterzeuger die Sicherheit, dass auf Feldern keine Gentechnik-Pflanzen wachsen. Es besteht kein Grund, Schlupflöcher für die Missachtung eines strikten Reinheitsgebotes zu eröffnen.“ Der gemeinsame Widerstand fruchtete: Nachdem das Saarland und Nordrhein-Westfalen sich von Anfang an gegen den An-

trag aussprachen, kündigten auch die Regierungen in Bremen, Brandenburg, Hessen, Hamburg und Bayern an, gegen den Antrag zu stimmen. Nach dem breiten Protest wurde der Antrag vom Bundesrat mehrheitlich abgelehnt.

Haftung präzisieren

Ein von Bayern eingebrachter Antrag zur Präzisierung des Gentechnikrechts wurde hingegen angenommen. Anlässlich der Auslieferung von verunreinigtem Maissaatgut durch die Firma Pioneer im Frühjahr 2010 und deren Weigerung, für den entstandenen Schaden zu haften, forderte das Land die Bundesregierung auf, eine Präzisierung des geltenden Rechtes zu prüfen. „Die Richtung stimmt“, meint Volling, „die Frage ist aber, wie dies im Gentechnikgesetz ausgestaltet wird.“ Auch nach der vorerst positiven Bundesratsentscheidung für die Saatgutreinheit in Deutschland müsse sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene mit weiteren Angriffen auf die Nulltoleranz gerechnet werden.

Angriffe auch auf EU-Ebene

Vor dem Hintergrund, die EU-Freiset-

zungsrichtlinie dahingehend zu ändern, nationale Verbotsmöglichkeiten beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu erlauben, stimmte der Agrarausschuss des EU-Parlaments Mitte März für eine Ergänzung des Entwurfs: Aufgenommen werden soll, dass die Kommission über einen Schwellenwert für Gentechnik in konventionellem Saatgut nachdenken soll. Dieses Votum gibt der Ausschuss als eine Art Empfehlung an den Umweltausschuss, der am 12. April darüber abstimmen wird. Voraussichtlich im Juni findet die Abstimmung im Parlament statt. Antje Kölling vom Internationalen Dachverband für ökologischen Landbau (IFOAM) vermutet, dass sich die Änderung der Freisetzungsrichtlinie wegen juristischen Unklarheiten noch jahrelang hinziehen kann. Sie geht aber davon aus, dass die Kommission 2012 einen Vorschlag zu unbeabsichtigten Spuren von gentechnisch veränderten Pflanzen in Saatgut machen wird; evtl. könnte sich dieser, so Kölling, an der gerade beschlossenen 0,1 Prozent Toleranz bei Futtermitteln orientieren. Deshalb sei es jetzt wichtig, sich auch auf EU-Ebene für Saatgutreinheit stark zu machen. *ch*

Ohne Not gehandelt: Nulltoleranz gekippt

Europäische „technische Lösung“ bei Futtermitteln für CDU lediglich erster Schritt

Der Ausschuss der EU-Kommission für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit hat die Nulltoleranz bei Futtermitteln gekippt. Ende Februar stimmte der Ausschuss einem Vorschlag von EU-Gesundheitskommissar John Dalli zu, der in besonderen Fällen eine Verunreinigung mit in der EU nicht zugelassenen Genkonstrukten bis 0,1 Prozent erlaubt. Daneben sollen einheitliche Probenahme- und Messmethoden eingeführt werden, da bisher wegen des unterschiedlichen Vorgehens der Labore eine zu große Unsicherheit für die Futtermittelimporteure bestanden habe. Gegenstimmen kamen aus Lettland, Griechenland, Litauen, Malta, Slowenien, Polen und Zypern. Die Verordnung tritt in Kraft, wenn das EU-Parlament nicht in den nächsten drei Monaten Widerspruch einlegt. Die Entscheidung war mehrmals verschoben worden, weil einige Mitgliedsländer Bedenken hatten. Frankreich und Ungarn, die zunächst kritisch waren, stimmten der neuen Regelung

nach geringfügigen Änderungen doch zu. So muss die in Spuren eingeführte gentechnisch veränderte Pflanze, vorrangig Genmais und Gensoja, eine Zulassung in einem Drittstaat oder eine ausgelaufene EU-Zulassung haben. Ein Zulassungsantrag bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA muss drei Monate zuvor gestellt worden sein. Darüber hinaus muss die EFSA festgestellt haben, dass von einem Anteil von 0,1 Prozent im herkömmlichen Futter keine Gefahren für Gesundheit und Umwelt ausgehen. Als reine Augenwischerei bezeichnete Mute Schimpf von der Umweltorganisation Friends of the Earth diese „Miniprüfung“. „Die EFSA kann gar nicht fundiert prüfen, da für die Unternehmen kein Zwang besteht, alle für eine schnelle Prüfung notwendigen Unterlagen zu überlassen.“

Lebensmittel und Saatgut

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßte den Beschluss und forderte eine

grundsätzliche Beendigung der Nulltoleranzpolitik. Ziel müsse die Beendigung der EU-Nulltoleranzpolitik und die Festlegung von Grenzwerten für jene gentechnisch veränderte Organismen sein. „Wir brauchen aber nicht nur einen Grenzwert für Futtermittel, sondern auch für Lebensmittel und Saatgut“, so der CDU-Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Franz-Josef Holzenkamp.

Entscheidung rechtlich umstritten

Ein vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten des Berliner Anwalts Achim Willand kommt zu dem Schluss, dass der von der EU-Kommission festgelegte Schwellenwert nicht im Einklang mit bisherigem Recht steht. Dieses sieht keinen Schwellenwert vor. Die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und die bisherige Vollzugspraxis der Kommission bestätigten die Nulltoleranz. Weiter stellt Willand fest,

dass die Kommission keine Rechtssetzungsbefugnis für Probenahme- und Analysemethoden hat. Zumindest nicht nach der allgemeinen EU-Verordnung über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebens- und Futtermittelrechts, auf die sich die Kommission stützt. Grund dafür ist, dass in der Verordnung über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel existieren bereits abschließende und umfassende Regeln zu Analyse- und Probenahmeverfahren sowie zu amtlichen Kontrollen festgelegt sind. Es ist davon auszugehen, dass auch dem Bundesministerium diese rechtliche Problematik bekannt war. Offensichtlich wollte man sich wegen des Koalitionsvertrags nicht daran halten. Folgt man der Argumentation des Gutachtens, so bestand für die Bundesregierung keine Notwendigkeit, zu handeln. Das Argument der Futtermittelindustrie, die Nulltoleranz führe zu Versorgungsengpässen ist haltlos, wie unter anderem der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft klarstellte. *ch*

Für umweltfreundliches Biogas in Bauernhand!

Abl Niedersachsen diskutiert über Chancen, Grenzen und Strukturen

Vor dem Hintergrund der vielen einkommensrelevanten Biogasanlagen einerseits und wachsender Kritik an diesem Boom andererseits hatte die Abl bei ihrer Frühjahrstagung in Syke das Thema Biogas – Chance oder Sackgasse für bäuerliche Landwirtschaft? für eine interessante und lebhaft Podiumsdiskussion angesetzt. Der Landesvorstand kündigte an, dass in Kürze ein Entwurf für ein Biogas-Positionspapier der Abl vorgelegt und diskutiert werden soll.

Fruchtfolgen und Umbruchverbot

Uwe Baumert als Biogas-Experte des NABU plädierte für einen Gleichklang von Ökologie und Ökonomie „mit Augenmaß“, damit beim Biogas wegen wachsender Akzeptanzprobleme nicht die Reißleine gezogen werden müsse. Er verwies auf die Flächenkonkurrenz zwischen Tank und Teller, die Pachtpreis-Explosion in manchen Regionen, die Verengung der Fruchtfolge durch „Vermaisung“, Klimaschäden durch Grünland- und Moorumbüche und die damit einhergehende Verengung der Artenvielfalt.

In einem 10-Punkte Papier fordert der Naturschutzverband deshalb u.a. die Beschränkung des Anteils einer Fruchtart an der Anlagen-Beschickung auf 50 Prozent, eine dreigliedrige Fruchtfolge ohne Gentechnik, zehn Prozent ökologische Ausgleichsflächen, ein Umbruchverbot und Lagerkapazitäten für neun Monate. Auf Kritik stieß eine entsprechende Pilot-Vereinbarung des NABU mit dem Agrarindustriebetrieb JLW in Winsen (bei Celle), die diesem gegenüber den Bürgerprotesten eine weiße Weste verschaffe und weil der NABU – anders als der BUND – innerlandwirtschaftliche Strukturfragen ausklammere.

Mais, Rübe, GPS und Silphie

Laut Lüder Cordes (Bezirksstelle Nienburg der Landwirtschaftskammer) ist der Anstieg von Biogas-Mais verantwortlich für den steigenden Maisanteil in bestimmten Regionen. Eine Biogasanlage verwerte die Pflanzen in Gänze, die zudem länger in Gärung verweilen. Entscheidend sei der Trockenmasseertrag – der liege derzeit am höchsten bei Mais, gefolgt (auf guten oder neuen Standorten) von der Energierübe, sonst von Getreide-Ganzpflanzen-Silage (GPS), Sudangras, Hirse und Sonnenblume. Durch den Anbau von zwei Früchten nacheinander (z.B. Mais nach Grünroggen) auf guten Böden steige der Ertrag, künftig evt. auch durch neue Pflanzen wie die mehrjährige Pflanze Silphie. Dies sei besonders dann wichtig, wenn andere konkurrierende

Marktf Früchte wie Getreide höhere Preise erzielen. Horst Seide vom Fachverband Biogas erinnerte an seine Zeit als Abl-Landesvorsitzender, in der im Rahmen des Staffelpreismodells generell höhere Grund-Vergütungen für kleinere bäuerliche Einheiten gefordert wurden. Bei Biogas sei dies durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durchgesetzt worden. So habe man den „Energie-Monopolisten“ in diesem Energie-Segment 80 Prozent des Umsatzes weggenommen und in Bauernhand gebracht. Und dies, obwohl z.B. die EON vor drei Jahren erst eine Milliarde Euro in den Biogasmarkt investiert und mit 14 Prozent Kapitalrendite geworben habe.



Eine Vermaisung durch Biogas muss gestoppt werden.

Foto: Niemann

Bauern-Privileg erhalten

Diese industriellen Biogas-Projekte seien bislang großteils gescheitert, weil die Konzerne im Gegensatz zu den örtlichen Bauern bei den Genehmigungsanträgen keinen engen Kontakt zu den örtlichen Bürgermeistern und Gemeinderäten hätten. Landwirtschaftliche Betriebe seien zudem beim Bauen im Außenbereich privilegiert, die Konzerne seien auf die Ausweisung von Sonderzonen angewiesen. In diesem Zusammenhang verwiesen Teilnehmer darauf, dass große Biogaskonzerne manche Landwirte nur als Strohmänner oder als billige Maislieferanten im Vertragsanbau nutzen. Bei solchen Verhältnissen bleibe die Wertschöpfung nicht in der Region.

Die politische Lobby von EON und Co, so Seide, arbeitet derzeit massiv daran, dass die Landesgesetze aufgeweicht würden und auch industrielle Biogasanlagen per se eine Bau-Privilegierung zugesprochen bekämen. Die FDP Niedersachsen bemängelte dies u.a. mit der „Vereinheit-

lichung des angeblich so komplizierten Staffelpreises“. Sie nutze dazu fälschlicherweise sogar einige Aussagen von Umweltberichten zwecks Senkung der Bonuszahlungen für Nachwachsende Rohstoffe wie Mais (Nawaro-Bonus). Auch die Pläne, wonach Häuslebauer bei der Prämierung der Energieeinsparung auch das EON-Biogas mit anrechnen könnten, nütze nur dem Konzern-Biogas, Das aber habe insgesamt eine relativ schlechte Energiebilanz, z.B. durch die langen Substrat-Transporte und die energieaufwändige Reinigung von Biogas vor der Einspeisung in die Erdgas-Netze. Horst Seide plädierte leidenschaftlich dafür, die dezentrale Biogas-Erzeugung in bäuerlicher Hand zu sichern und dazu

die Staffelung zu verteidigen. Man könne sicher über Sinn, Ausgestaltung oder örtliche Lage einzelner Biogas-Anlagen oder über Raumordnungsverfahren bei zusätzlichen Biogasanlagen in bestimmten Regionen streiten. Aber durchweg sei nicht die bäuerliche Biogasanlage der Gegner des Umwelt- und Naturschutzes. Man stimme mit dessen Forderungen weitgehend überein und könne deshalb mühelos die bäuerlichen Biogasanlagen auf 10 Milliarden Euro Umsatz verdoppeln. Die ohnehin zumeist positiven Energie- bzw. Klimabilanzen ließen sich z.B. durch bessere Lager-Abdeckungen noch verbessern.

Pachtkonkurrenz und Trockenkot

Bei der Diskussion, in welchem Maße die Biogasmaisanbauer die regionalen Pachtpreise zu Lasten anderer Berufskollegen in die Höhe treiben, vertrat Horst Seide die Position, dass dieses Phänomen auf Regionen mit ohnehin schon engem Pachtmarkt begrenzt sei und dass man den Biogas-Produzenten

nicht anlasten dürfe, wenn z.B. die Milchbauern wegen zu wenig Milchgeld bei der Pacht nicht mithalten könnten. Ohnehin liege der biogasbezogene Pacht-Mehrpriß durchschnittlich nur bei 30 bis 50 Euro pro Hektar, maximal könne ein Biogasbetreiber etwa 200 bis 300 Euro mehr als andere Pächter zahlen. Beträge von 800 Euro seien nur für kleine, von der Bank geforderte Zusatzflächen sinnvoll. Demgegenüber forderten andere Teilnehmer, durch einen Abbau von Biogas-Übersubventionierung oder Mitnahme-Effekten die Flächenkonkurrenz zu verringern.

Horst Seide verwies darauf, dass der Einsatz der Gülle in Biogasanlagen im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft die besonders klimaschädliche Emission von Methan, von Ammoniak sowie auch von Gerüchen mindere. Er plädierte dafür, die Prämien-Koppelung der Gülleverwendung an den parallelen Einsatz von Mais und anderen Nawaros zu beenden und für kleine, stallnahe, güllebetriebene Biogasanlagen (50 kW) eine besondere Vergütung zu schaffen. Sein Plädoyer für den Einsatz von agrarindustriellem Hühnerkot, der über 300 km besser transportierbar sei als die wasserhaltige Gülle, stieß auf deutliche Kritik wegen der damit verbundenen Förderung umweltschädlicher und qualhalterischer Agrarfabriken und wegen seuchenrechtlicher Probleme. Schon jetzt gebe es enge veterinärrechtliche Auflagen beim Bezug von Gülle aus anderen Betrieben.

Ergänzung von Wind und Sonne

Horst Seide verwies abschließend darauf, dass eine bäuerliche Biogaserzeugung mit ihrer Klimabilanz, Grundlastabdeckung und saisonalen Steuerungsmöglichkeit im Rahmen der Energiewende eine wichtige Ergänzung der wetterabhängigen Solar- und Windkraftanlagen darstelle. Biogas werde in 30 Jahren vermutlich nicht mehr als Brückentechnologie gebraucht, bekäme bis dahin aber eine wichtige Bedeutung als neuer klimafreundlicher Kohlenstoffträger in einem ölunabhängigen Verkehrssektor. In der Diskussion wurde auf die Energiequelle „Energieeinsparung“ verwiesen und auf die dezentrale und ortsnahe Nutzung der Biogaswärme. Die Mitgliederversammlung drückte abschließend in einer Resolution ihre Solidarität mit den japanischen Erdbeben- und Atomkraftopfern aus und verlangte von der Bundesregierung die Abschaltung aller Atomreaktoren. en

Dies ist der Auftakt zu einer losen Folge von Interviews mit Bäuerinnen und Bauern, die in den nächsten Monaten ihre Gedanken und Anregungen zur Kampagne: „Meine Landwirtschaft“ in der Bauernstimme präsentieren werden.

„Landwirtschaftspolitik ist Gesellschaftspolitik“

Elisabeth Waizenegger (48) ist Milchbäuerin in Legau im Landkreis Unterallgäu. Sie ist eine der Organisatoren in ihrer Region für die Auftaktveranstaltung der Sternfahrt der jAbL (Seite 8).

Unabhängige Bauernstimme: Was verbindet eigentlich die Bauern mit den Bürgern und umgekehrt in der Kampagne?

Elisabeth Waizenegger: Zunächst einmal, dass jeder ein Interesse daran hat, gesunde Nahrungsmittel zu bekommen. Außerdem sind die Bürger, die sich auch in die Kampagne einbringen, daran interessiert, dass die Landwirtschaft nicht den Weg in die Industrialisierung geht. Ich denke, dass verbindet uns. Die Bauern, die mitmachen, wollen das Gleiche. Zwar spielt die Einkommenssituation eine große Rolle, aber vordergründig geht es trotzdem um die Art der Bewirtschaftung. Bäuerlich statt industriell.

Die Kampagne ist der Versuch, dass Bauern und Bürger an einem Strang ziehen. Wie kann das funktionieren?

Das Wichtigste ist, dass wir voneinander mehr wissen und miteinander reden. Nichtbauern sollten wissen, wie Landwirtschaft funktioniert oder eben auch nicht funktioniert und was Landwirtschaft genau heißt. Alles andere ergibt sich daraus. Aber dieser Austausch ist auch das Schwie-

rige. Wie erreichen wir die Massen? Wir müssen an einem Strang ziehen, da Landwirtschaftspolitik auch Gesellschaftspolitik ist.

Was können Sie als Bäuerin den Spaziergängern und Landschaftsgenießern bieten?

(lacht:) Eine schöne Landschaft. Wir haben es doch in der Hand. Wir können die Landschaft öde gestalten oder vielfältig. Eine schöne Landschaft ist ein Genuss für das Auge, ist erholsam und entspannend. Wenn die Landschaft schön ist, dann zieht es Einen als Spaziergänger auch raus. Wie wir die Verantwortung für den Boden haben, haben wir auch die Verantwortung für die Landschaft. Das muss uns Bauern bewusst sein.

Vielen Dank

Berit Thomsen



Jetzt abstimmen!

Kampagne „Meine Landwirtschaft“ lädt zum Einmischen ein

In dieser Ausgabe der *Bauernstimme* finden Sie den Flyer der zu Beginn des Jahres gestarteten Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Über den Flyer kann jeder Bürger mitentscheiden, wofür er seine Agrargelder eingesetzt haben möchte. Etwa 100 Euro pro EU-Bürger fließen jährlich in die Landwirtschaft. Sollen kleine und bäuerliche Höfe oder Großunternehmen unterstützt werden, Gentechnik oder umweltgerechte Wirtschaftsweisen gefördert werden, sind faire Erzeugerpreise ein Ziel oder Exportsubventionen? Bis Mai läuft diese Abstimmung auf der Kampagnenhomepage www.meine-landwirtschaft.de und über die Flyer auch per Post. Der Kreis der Träger für „Meine Landwirtschaft“ wächst. Die AbL ist mit dabei. Mittlerweile machen schon 30 Organisationen mit aus dem konventionellen und ökologischen Bauernspektrum, von Um-

welt- und Naturschutzvertretern sowie Tierschützern, aus der Entwicklungspolitik und den kirchlichen Kreisen. Eine Stiftung von prominenten Köchen und Verbrauchervertretungen sind auch dabei. Bei den gemeinsamen monatlichen Treffen steht im Vordergrund, dass die Kampagne in den Regionen gelebt wird, dass vor Ort in Foren Menschen diskutieren und die Debatte um die Zukunft der Agrarpolitik gesellschaftlich breit geführt wird. Auf der Kampagnenwebseite gibt es viele Informationen und Aktionen zum Mitmachen. Es lohnt sich, regelmäßig draufzuschauen.

Berit Thomsen

Kampagnenbüro

Aglaia Hajkova

Tel: 030/67 81 775-76, Fax: 030/67 81 775-80, ajkova@meine-landwirtschaft.de
www.meine-landwirtschaft.de

Leserbrief:

zu Leserbrief, Agrarwende 2.0, *Bauernstimme* Heft 3/11

Da wird der Falsche gescholten

Es ist höchst verwunderlich, wenn die Herren Bienstein, Peters, Precht und Gerke dem alten ABL-Mitglied und Bauern Friedrich Ostendorff das Recht absprechen wollen, in der Bauernstimme seine politischen Einschätzungen präsentieren zu können. Wenn nicht in der Bauernstimme, wo denn sonst? Friedrich Ostendorff zu unterstellen, er müsse sich erst mal der Problematik der ostdeutschen Bodenpolitik stellen, greift ja nun vollkommen ins Leere. Als die Herren Bienstein, Peters, Precht und Gerke anfang der 90ziger Jahre noch alle auf ihren westdeutschen Höfen waren, hat schon Friedrich Ostendorff sich aktiv um die Probleme der Wiedereinrichter im Osten gekümmert. Die Fehler in der ostdeutschen Boden- und Agrarpolitik wurden vor der Zeit von Renate Künast gemacht. Die Ungerechtigkeiten und Betrügereien der Vermögensauseinandersetzung mit den Alt-LPGen waren die Ursachen für verfehlte Agrarstruktur, die nicht durch eine andere Verpachtungspraxis der BVVG bereinigt werden konnte. Ein Blick in die Geschichte wäre sinnvoll gewesen.

Jochen Dettmer

Wiedereinrichter in Sachsen-Anhalt
Belsdorf, den 16.3.11

Leserbrief:

Liebe Bäuerinnen und Bauern,

Die Ereignisse der letzten Wochen veranlassen mich dazu, diesen Aufruf zu verfassen. Am Wochenende vom 4./5. Dezember 2010 war ich bei der Fachtagung der Gentechnikfreien Regionen in Leipzig. Ca. 100 Personen waren da. Was ich als Aktivistin für Gentechnikfreiheit an diesem Wochenende mitgenommen habe, möchte ich Euch gerne weitergeben. „Wir, die Mahner, sind viele, kommen aus allen möglichen Berufen und sind nicht mutlos.“ Solange das Gentechnikgesetz so ist, wie es jetzt ist, haben wir noch gute Chancen, unsere Höfe, Gärten und Felder gentechnikfrei zu halten. Um es den Anbauwilligen besonders schwer zu machen, ist es wichtig, so viele Felder wie möglich durch eine Selbstverpflichtungserklärung gentechnikfrei zu bekommen. Denn es gibt ja die Abstandsregelung. Es müssen so ganz viele Inseln entstehen, die es den Anbauwilligen unmöglich machen, passende Anbauflächen zu finden. Auch wenn Sie/ Ihr vom Verband her sowieso schon ohne Gentechnik arbeitet, solltet Ihr Euren Hof/ Eure Flächen bei den Gentechnikfreien Regionen melden. Damit die Menschen, die sich die Karte der Gentechnikfreien Regionen ansehen, feststellen, dass es eine breitgefächerte Bewegung ist. Bei den Gentechnik-

freien Regionen gibt es auch Hilfestellungen, um eine gentechnikfreie Kommune oder Region zu gründen. Bei uns im Kreis Hersfeld-Rotenburg, sind von unterschiedlichen Aktionsbündnissen in fünf Städten und Gemeinden Anträge gestellt worden, damit die städtischen bzw. gemeindeeigenen Flächen gentechnikfrei bleiben. D.h. wenn Pachtverträge ablaufen, soll der Verzicht auf Gentechnik im neuen Pachtvertrag festgeschrieben werden. So setzt man ein Zeichen und die Bevölkerung wird auf das Problem aufmerksam. Außerdem wurde jedes Mal eine Info-Veranstaltung über Gentechnik abgehalten, damit sich die Unterzeichnungswilligen umfassend informieren konnten. In allen fünf Fällen wurde der Antrag positiv verabschiedet. Im Antrag wurde auch festgehalten, dass ortsansässige Landwirte informiert werden sollen, um eine freiwillige Selbstverpflichtungserklärung über den Verzicht auf Anbau von Gentechnik auf ihren Feldern zu unterzeichnen.

Das Informieren ist nicht immer einfach, besonders für Bio-Bauern. Am besten ist es wenn ein konventioneller, aber besser noch ein traditioneller Landwirt, zum Beispiel ein Lieferant der „Fairen Milch“ mit diesen Landwirten spricht. Zur Zeit ist bei uns ein Antrag in Vorbereitung. Es macht Arbeit, aber es lohnt sich, und man lernt gleichgesinnte Menschen kennen.

Herzliche Grüße

Renate Kaupenjohann

36214 Nentershausen - Mönchhosbach

Mehrere Generationen unter einem Dach

Zu Besuch bei AbL-Vorstandsmitglied Johanna Böse-Hartje auf dem Bioland-Hof in Thedinghusen

Was machst du denn da, Schätzchen?“, Johanna Böse-Hartje (57) hält an. Eine Autofahrerin versperrt den Weg in Richtung Hof. Der Hof, auf den ihr Wagen kurz später rollt, das ist ein von alten Eichen umrahmtes Backsteinhaus, an das sich zur Rechten ein ehemaliger Kuhstall anschließt. Im Stall, der auf die Einfahrt zuläuft, sind heute Verkaufsräume und das „Q-Cafe“ untergebracht.

Im Flur duftet es nach Kaffee. „Tür zu!“, schreit jemand. Am Tisch haben sich einige Hofbewohner eingefunden. Nicht nur Marmelade, sondern auch der Rinderaufschnitt, Käse, Milch und Eier stammen aus Eigenproduktion. Alle paar Minuten öffnet sich die Tür und ein neues Gesicht erscheint. Wie im Taubenschlag geht es zu: „Bei uns ist alles immer etwas durcheinander“, erklärt Böse-Hartje lachend. Zusammen mit Johann Hartje (58) und dem jüngsten Sohn Karsten (24) bewirtschaftet sie den von den Eltern übernommenen Hof in Thedinghusen bei Bremen seit 1989 ökologisch. Auch Schwester Elisabeth Böse (60), Tierärztin im Ort, wohnt mit ihrem Mann auf dem Hof. „Wenn wir uns inne Plünn haben, freuen sich alle. Denn dann können sie endlich mal das tun, was sie wollen. Aber das kommt nur alle zwei Jahre vor. Müsste bald wieder soweit sein“, sagt sie halb im Scherz, halb im Ernst.

Die Milchwirtschaft bildet 75 Prozent am monetären Umsatz und ist vor dem Verkauf von Käse und Fleisch die Haupteinnahmequelle. „Was davon übrig bleibt ist `ne andere Sache“, sagt Böse-Hartje. Die neue Milchrechnung sorgt für Diskussion. Statt der zugesagten 40 Cent sind es nur 39, die die Molkerei Söbbeke gezahlt hat. Organisiert ist man in der Erzeugergemeinschaft Bio Nord, die bei der Molkerei einen Milchanteil von 40 Prozent hat. Früher waren es achtzig Prozent, so Böse-Hartje. „Doch Söbbeke hat das gut im Griff, alle Neuen in einen Vertrag zu knebeln, bevor sie von der Erzeugergemeinschaft erfahren.“

Politische Arbeit plus Prominenz

Ursprünglich geplant war das mit der Landwirtschaft nicht. Böse-Hartje ist eigentlich Lehrerin für Deutsch und Politik. Nach der Heirat eines Landwirts und dem Einstellungsstopp für Lehrer war klar: „Dann machen wir jetzt eben Landwirtschaft.“ Nach einer späteren Lehre arbeitete sie 20 Jahre als Hauswirtschafterin mit Autisten. Das Inte-

resse für Politik, bereits als junge Atomkraftgegnerin vorhanden, ist geblieben: Vor zwei Jahren hängte die dreifache Mutter die pädagogische Arbeit an den Nagel und findet seitdem wieder mehr Zeit für politisches Engagement. Möglich ist das auch, weil seit letztem Sommer Sohn Karsten mit in den Biolandbetrieb eingestiegen ist. Im Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) ist Böse-Hartje Landesvorsitzende Niedersachsens. In den Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist sie im November letzten Jahres gewählt worden. Eines ihrer Anliegen ist eine engere Vernetzung mit dem BDM. Neben der Stallarbeit wird deshalb viel telefoniert, gelesen und Veranstaltungen besucht. Etwa drei Stunden täglich nimmt das in Anspruch, einigen sich die Schwestern nach kurzem Überschlagen. Was sie dabei antreibt, scheint selbstverständlich zu sein: „Ich



„Ich habe das hier nicht 30 Jahre lang aufgebaut, um jetzt alles hinzuschmeißen.“ Johanna Böse-Hartje (hinten) mit ihrer Schwester im Boxenlaufstall
Foto: Hinck

habe das hier nicht 30 Jahre lang aufgebaut, um es jetzt alles hinzuschmeißen.“ Böse-Hartje zieht an ihrer Zigarette.

Sie ist auch aus Verantwortung ihrem Sohn gegenüber politisch engagiert. Er führe den Hof hochengagiert weiter. „Ich will ordentliche Strukturen schaffen, mit denen man arbeiten kann, um davon eine Familie zu ernähren.“ In Thedinghusen sorgt man sich neben der schlechten Marktstellung vor allem wegen der Umkreisung durch neue Biogasanlagen verschiedener Größe in Richtung Verden, Kirchweye und Schwarme und der deshalb steigenden Pachtpreise.

Der Aufbau der Vermarktungsstrukturen war harte Arbeit: Mit Hofschlachtung auf Bestellung fing es an.

Nachdem in Folge neuer EU-Hygiene-Vorschriften immer mehr kleine Schlachtereien zumachen, wurden Landwirte vor die Wahl gestellt, ihre Tiere mit auf große Transporte zu geben oder eigene Strukturen zu entwickeln. Ersteres kam für Böses nicht in Frage. Noch haben sie das Glück, ihre Tiere selbst zu einer kleinen Schlachtereie in der Nähe fahren zu können. Solche EU-Vorschriften haben zum Ziel, die Produzenten vom Markt fernzuhalten, erklärt sie und macht klar: „Wir wollen von unseren Produkten leben und nicht von Subventionen.“ Deshalb müsse man an der Marktstellung der Produzenten arbeiten. „Aber wir wollen nicht immer nur quaken“, sagt Böse-Hartje. Deswegen sei es auch gut, einmal Prominenz auf dem Hof zu haben. So komme man näher an die Verbraucher. Zu Gast auf dem Hof war bereits Andreas Hoppe alias Tatort-Kommissar Mario Kopper.

Demnächst wird der Journalist und Buchautor Dieter Moor eine Lesung geben.

Gelebte Regionalität

Nachdem die Familie die ersten zehn Jahre nach der Bioumstellung gezwungen war, ihre Milch weiter konventionell zu vermarkten, sind die Bio-Vermarktungswege nun differenziert: Viele Kunden kommen vorbei, um sich selbst Milch zu zapfen und Eier zu holen. Einmal im Monat findet auf dem Hof der „Öko-Regio-Markt“ statt, auf dem unter anderem das eigene Fleisch verkauft wird. Diverse Anbieter aus der Region bauen ihre Stände auf und auch das Hofcafe öffnet seine Tore. Angestrebt ist es, den Besuchern ein Vollsortiment von Brot über Öle bis hin zu Seife und

Handwerk anzubieten. Was nicht in der Nachbarschaft produziert wird, liefert das Naturkostkontor. Hofführungen und Vernissagen regionaler Künstler gehören zum Programm. Entstanden ist der Markt aus einer kleinen Verbraucherinitiative: „Ungewöhnlich, aber so sollte es sein“, findet die Bäuerin.

Für den eigenen Käse, mit dem die Familie zwei Edeka-Läden beliefert, nimmt sie die Dienste einer mobilen Käserei in Anspruch: Die Milch wird auf dem Hof zu Käse verarbeitet und die fertigen Laibe nach sechswöchiger Reifung auf den Hof zurück gebracht. Böse-Hartje schlüpft in die Gummistiefel und zertritt eine Zigarette auf dem Weg in den Kuhstall. Über ein Gebläse wird täglich neues Stroh eingestreut. Putzen können sich die Schwarz-Bunten danach wie in einer Auto-Waschanlage an den angebrachten Massagebürsten. Heute haben sie wenig Lust, das vorzuführen. Die gut 50 Milchkühe widmen sich nach kurzem Aufschauen lieber wieder der Grassilage. Böse-Hartjes legen größten Wert auf die Langlebigkeit ihrer Tiere, die im Durchschnitt bei gut sieben Jahren liegt. Die Kühe haben eine hohe Abgangsleistung: Im letzten Jahr lag sie bei durchschnittlich 69.000 Litern Lebensleistung. Zugekauft wird auf dem Hof nur Mineralfutter. Eiweißfutter kommt vom eigenen Acker: Bohnen, Lupinen, Erbsen und Kleegras bilden 15 Prozent der Anbaufläche. Etwa die Hälfte der Betriebsfläche ist Grünland: Die Milchkühe können ab Frühjahr selbstständig zwischen Stall und Weide wechseln, die Ochsen stehen von Frühling bis Herbst draußen. Jährlich werden etwa 24 Tiere geschlachtet und selbst vermarktet. Zur Zeit ist die Anfrage wegen des Dioxin-Skandals besonders hoch.

Die Schwestern sind sich einig: „Männer haben oft eine ausgeprägte Rundholzallergie.“ Johanna greift zur Strohgabel. Eine feste Arbeitsteilung gäbe es nicht, doch die Männer säßen lieber auf dem Trecker, witzeln sie. Elisabeth Böse hilft auf dem Hof der Schwester nicht nur täglich beim Melken, sondern auch als Tierärztin und am Markttag. Eines wird deutlich beim Besuch in Thedinghusen: Die Zusammenarbeit macht allen Beteiligten Spaß. Viele Hände, von ehemaligen Praktikanten bis zur Nachbarschaft, unterstützen bei diversen Aufgaben. Das gesellige Hofleben scheint die jungen Menschen anzuziehen.

ch

Gekaufte Wahrheit

Gentechnik im Magnetfeld des Geldes

Árpád Pusztai und Ignacio Chapela haben zwei Dinge gemeinsam: Sie sind bedeutende Wissenschaftler und ihre Karrieren sind ruiniert. Beide Wissenschaftler arbeiten im Bereich der Gentechnik. Beide machten wichtige Entdeckungen. Beide sind gefährdet, weil sie die Mächtigen in Forschung und Industrie kritisieren, die dadurch ihre Investitionen bedroht sehen. Aussagen von Wissenschaftlern selbst belegen, dass 95 Prozent der Forscher im Bereich Gentechnik von der Industrie bezahlt werden. Nur fünf Prozent der Forscher sind unabhängig. Die große Gefahr für Meinungsfreiheit und Demokratie ist offensichtlich. Kann die Öffentlichkeit – können wir alle – den Wissenschaftlern noch trauen?

Dem Dokumentarfilmer Bertram Verhaag gelingt es mit seinem Film, die Forschungen und Entdeckungen der beiden Wissenschaftler plastisch zu machen. Gleichzeitig berichten die Forscher selbst über die Sanktionen, die ihnen kurz nach ihren Entdeckungen wiederfahren sind. Gemeinsam mit vielen anderen Statements unterschiedlicher Gentechnikaktivisten zeichnet Verhaag ein erschreckendes Bild

von der scheinbar unabhängigen Forschung und den Kontrollbehörden. *mn*

Hintergrundmaterial und weitere Informationen unter: www.gmfilms.de



Die „Hauptdarsteller“: Árpád Pusztai (oben) und Ignacio Chapela Foto: Denkmal-Film



Kurzes am Rande

Plattdeutsche Erzählungen zum Zuhören

Seit vielen Jahren schreibt und liest Matthias Stührwoldt Geschichten über sein Leben auf dem Land, über die Familie, den Kuhstall, das Dorf und die weite Welt. 2010 erschien sein erstes Buch mit plattdeutschen Geschichten. Nun kommt das erste Hörbuch, gelesen im norddeutschen Dialekt, heraus und alle Freunde seiner Geschichten, die sich eventuell mit dem Lesen der plattdeutschen Sprache schwer tun, werden an der CD, ein live Mitschnitt vor einem begeisterten Publikum, viel Freude haben. Wieder stehen die Menschen im Mittelpunkt seiner Erzählungen, humorvoll, aber auch mit Respekt berichtet er über den „Stolper Adel“, die Landarbeiter auf den großen Höfen der Umgebung oder von der „Goden-Dag-Oma“ die genau aufpasste, ob auch alle Kinder im Dorf grüßten, wenn sie bei ihr vorbeikamen.

Vom Plattdeutschsprechenlernen beim Opa „Schnack vernünfti mit mi...“, über „Arbeitsmanschesterbüxentasch von Vadder“ bis zum „Talg-Licht-Eeten“ (dem candle-light dinner) mit der Liebsten begegnen den Hörern die bekannten Generationen und Familienmitglieder der Stührwoldts in gewohnt liebevoller Beschreibung. Hörer, die sich der plattdeutschen Sprache verbunden fühlen, und alle Freunde der Geschichten von Matthias Stührwoldt werden begeistert sein. *vt*

Die Hörbuch-CD „Schnack vernünfti mit mi...“ erschienen im Quickbornverlag; ISBN 978-3-87651-361-4; 15,- €, zu beziehen über den ABL Verlag

Anständig essen

Der Titel klingt erst mal sehr brav und eher langweilig. Doch wenn man dieses Buch liest, kann man sich das Schmunzeln und anerkennende Kopfnicken an einigen Stelle nicht verkneifen. Was bewegt Vegetarier, warum veganisch essen und was in aller Welt sind Frutarier? Auf humorvolle, schonungslose und unterhaltsame Weise stellt die Autorin Karen Duve in einem Selbstversuch ihr bisheriges Ess- und Kaufverhalten in Frage. Neben Fakten und kritischen Gedanken zur Tierhaltung, zum Milchpreis und Sojanbau in Entwicklungsländern nimmt sie auch die Klimaschädlichkeit unserer Nahrungsmittel unter die Lupe. Das tut sie ohne die moralische Keule zu schwingen. Dieses Buch stellt grundlegende Fragen: Darf man Tiere überhaupt essen? Und wenn nicht, warum dann Pflanzen? Wo beginnt menschliche Empathie und was ist übertrieben? Was sind wir bereit zu opfern aus Rücksicht auf andere Lebewesen? Ein unterhaltsames und anregendes Buch auch zum Verschenken. *mh*

Duve Karen: *Anständig essen, Ein Selbstversuch*. 324 Seiten, Galiani Verlag Berlin, 19,95 Euro; ISBN 978-3-86971-028-0

zu beziehen über den ABL-Verlag



Krankheiten, Unfruchtbarkeit, Tod

Der Filmautor Pablo Paciuk verfolgt seit Jahren, wie sich seine Heimat Uruguay in eine Agrarwüste verwandelt. Ursache ist der großflächige Anbau von gentechnisch verändertem Soja. Zusammen mit Steffi Ober vom Naturschutzbund entstand die Idee, einen Dokumentarfilm über 15 Jahre Gen-Soja-Anbau in Lateinamerika zu drehen. Das Ergebnis ist ein 12 minütigen Film, der den Menschen Südamerikas eine Stimme gibt. Er zeigt die erschreckenden Umwelt- und Gesundheitsfolgen des internationalen Marktes mit gentechnisch verändertem Soja und lässt erkennen, welchen Preis die Herkunftsländer für billiges Fleisch, Milch und Eier hierzulande zahlen müssen: Verarmte Bauern und Indigene berichten über ihre Vertreibung durch das Gift Roundup-Ready. Eltern von missgebildeten oder verstorbenen Kindern, der Arzt einer Kinderstation und erkrankte Erwachsene kommen zu Wort. In Lateinamerika ist dies kein Thema, weil die dortige Agrarlobby mit den Medien und dem Staat so stark verflochten ist, dass es fast unmöglich ist, diese Entwicklungen transparent zu machen. *ch*

Den Film finden Sie unter: www.nabu.de/themen/gentechnik/anbauundfreisetzung/sonstigenutzpflanzen/13327.html

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2011 2010 2009 2008 2007 2006 2005
22,- € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 € Neu!
.... Expl. ABL-Kalender 2011	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zugl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste.

Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für B5 Mai 2011 ist am 17. April 2011.

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Hunde- und Katzensnahrung vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422, www.reico-buxtehude.de

● Verkäufe Krainer Steinschafe, Muttern, Jährige, Lämmer. Biobetrieb, Tiere werden gemolken. Wendland, ☎ 0160-91719395

Sonstiges

● Verkäufe Bio-Futtergetreide und Bio-Futterkartoffeln. ☎/Fax: 06834-401247 (Saarland)

Hof und Arbeit

● Bio-Ackerbaubetrieb in NRW (OWL), intensive Kartoffel-Vermarktung, Getreide-Aufbereitung, gute technische Ausstattung, sucht Landwirt mit Spaß am Beruf zur Unterstützung und teilweise Vertretung des Betriebsleiters. Kontakt: Farm17@gmx.de, ☎ 05225-3338, 0177-5000003.

● Urlaubsvertretung ohne Entgelt im So 11 von ehem. selbstständ. Landwirt, jetzt im Büro tätig. Milch/Mischbetrieb, bis zu 4 Wo. ☎ 0228-3681882 od. 017678742997

● Suche jungen Landwirt mit viel Praxis und Englischkenntnissen für landwirtschaftlichen Betrieb in Tansania. Details unter www.kimango.com

Veranstaltungen

Milchbauernabend

05. April 2011, Overath

Lars Hoelgaard, stellv. Direktor der Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission wird seine Einschätzung zu Chancen und Risiken des freien Marktes nach 2015 abgeben. Seine Thesen bieten viel Zündstoff und führen sicher zu angeregten Diskussionen, da 2015 für uns alle sehr nahe gerückt ist. Die Moderation übernimmt Romuald Schaber, Vors. BDM u. EMB.

20.00 Uhr, Bürgerhaus Overath, Hauptstraße 30, 51491 Overath. Veranstaltung des BDM-Team Bergisches Land, ☎ 08161-5384730, www.bdm-verband.de

Mensch Macht Milch

04. bis 10. April 2011, Ratzeburg

Die Fotoausstellung zeigt am Beispiel Milch, wie die EU-Agrarpolitik eine Strategie der Integration in den Weltmarkt verfolgt. Diese „Wachse oder Weiche“-Expansion hat fatale Folgen für Milchbäuerinnen und Milchbauern hier bei uns und in den Entwicklungsländern.

10-16 Uhr, St. Petri Kirche, Führungen für Schulklassen und Gruppen bitte vorab anmelden bei Meike Lange, ☎ 04541-82254 o. 0176-64291609. Weitere Infos zur Ausstellung: www.germanwatch.org/handel/mmm.htm

Gentechnik in unseren Nahrungsmitteln – wie steht es um die Milch?

06. April 2011, Ratzeburg

Die Referentin Annemarie Volling, Koordinatorin Gentechnikfreie Regionen in Deutschland und des Vereins zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft wird in ihrem Vortrag auf die Risiken und politischen notwendigen Entscheidungen eingehen, die mit der Reform der EU Agrarpolitik ab 2014 umgesetzt werden sollten.

19.30 Uhr im Petri Forum, Am Markt 7, 1. Stock, Ratzeburg

Gekaufte Wahrheit: Gentechnik im Magnetfeld des Geldes

06. April 2011, Hamburg

Die Initiative für eine gentechnikfreie Metropolregion Hamburg zeigt den Dokumentarfilm zu Gentechnik, Meinungsfreiheit und den Untergang der freien Wissenschaft (s.S.21). Anschließend Podiumsdiskussion mit Regisseur und Buchautor Bertram Verhaag und Vertretern der Initiative.

17 Uhr, Kommunales Kino Metropolis, Steindamm 52-54, 20099 Hamburg, www.hamburg-gentechnikfrei.de

Eine Handvoll Erde...

09. April 2011, Tharandt

Dieses Seminar soll befähigen, den eigenen Boden zu beurteilen und die Fruchtbarkeit zu entwickeln. Jeder wird eine Bodenprobe nehmen, ein Bodenprofil interpretieren und eine Spatendiagnose durchführen.

Umweltbildungshaus Johannishöhe, ☎ 035203-37181, info@johannishoehe.de

Mensch Macht Milch

12. bis 15. April 2011, Kiel

10-18 Uhr, Landtag, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Führungen durch die Ausstellung: Bernd Voss, ☎ 01739-135092

Zukunft Landwirtschaft: EU-Agrarpolitik in SH

13. April 2011, Kiel

Die EU ist der wichtigste Exporteur und Importeur von Lebensmitteln auf dem Weltmarkt. Angesichts des Hungers mag es auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen, mehr Lebensmittel zu produzieren und zu exportieren. Auf den zweiten Blick bewirken Agrarexporte in Entwicklungsländern jedoch meist das Gegenteil. Sie verhindern den Aufbau landwirtschaftlicher Entwicklung vor Ort und konkurrieren mit den Produkten der Kleinbauern, die ums Überleben kämpfen. Nun hat EU-Kommissar Ciolos alle Bürger dazu aufgerufen, sich an der Ausgestaltung einer zukunftsfähigen Agrarpolitik zu beteiligen. Wir laden zur Diskussion. Auf dem Podium: Bernd Voß, Vors. Europaausschuss SH Landtag; Bischof Gerhard Ulrich; Ina Walenda, BUND; Klaus Klinckhauer, Vors. Umwelt- und Agrarausschuss SH Landtag; Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Abl.; Hans Friedrichsen, Präs. Kreisbauernverband Nordfriesland; Tilman Santarius (angefr.), Germanwatch; Kirsten Wosnitza, Milchbäuerin aus Nordfriesland.

19.30 Uhr, Plenarsaal, Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, Kiel

Kirchen im Dorf lassen

07. bis 09. April 2011, Marburg

Jede dritte Kirche in Deutschland ist von Schließung bedroht. Um sie erhalten zu können, muss verstärkt über Umnutzung nachgedacht werden – dabei sehen die möglichen Lösungen für Dorfkirchen anders aus als für Kirchen im Zentrum großer Städte.

Deutsche Stiftung Denkmalschutz, ☎ 0228-95735-616, Fax: -80, denkmalvermittlung@denkmalschutz.de

Nutztierhaltung in der Zukunft

03. bis 04. Mai 2011, München

Wie lassen sich die Ziele des Tierschutzes mit denen des Klima- und Umweltschutzes in Einklang bringen? Zu befürchten ist, dass aus (vermeintlichen) Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes ausgerechnet besonders tierfreundliche und ökologisch sinnvolle Haltungssysteme zurückgedrängt, Tier- und Umweltschutz gegeneinander ausgespielt werden. So soll es vorrangig um die Frage gehen, wie Tierhaltungssysteme beschaffen sein müssen, um relevante Emissionen zu reduzieren. Darüber hinaus soll aber auch diskutiert werden, wie die Landwirtschaft und insbesondere die Tierhaltung unter quantitativen wie qualitativen Aspekten in Zukunft zu gestalten ist, damit – unter Berücksichtigung hoher Tierschutzstandards – klimawirksame Emissionen reduziert und damit eine Schonung

von Klima und Umwelt erreicht werden kann. Mit Prof. Josef Reichholf, ehem. Zoologische Staatssammlung München; Prof. Hanno Würbel, UniGießen; Alfred Pöllinger, Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt (HBLFA) Raumberg-Gumpenstein (A); Sebastian Köglperger; Landwirt, Stollhof; Anita Idel, Autorin Weltagrarbericht (IAASTD); Christophe Notz, Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL (CH); Prof. Konrad Martin, Uni Hohenheim; Prof. Engelhard Boehncke, ehem. Uni Kassel-Witzenhausen.

Internationale Gesellschaft für Nutztierhaltung. Anmeldung bis 26. April: Manuel Schneider, ☎ 089/767589-55, Fax: -56, info@make-sense.org

Bienen halten in der Schwarmzeit

11. bis 13. Mai 2011, Rosenfeld Kurs in Zusammenarbeit mit der Vereinigung für wesensgemäße Bienenhaltung Mellifera. Der Imkermeister Thomas Radetzki betreut die praktische Arbeit am Bienenstand. Der Programmablauf wird dem Wetter angepasst, damit möglichst viele Themen am Bienenvolk behandelt werden können. Der Schwarmtrieb bildet die Grundlage von Vermehrung und Zucht, auf künstliche Königinnenzucht und Ablegerbildung kann verzichtet werden. Die Behandlung der Varroamilbe erfolgt mit organischen Säuren. Das Winterfutter wird mit eigenem Honig und Kräutertee aufgewertet. Die Bienenwohnungen bestehen aus Holz und Stroh. Die wesensgemäße Bienenhaltung strebt nicht die Maximierung des Honigertrags an, sondern will durch eine den Bienen angepasste Betriebsweise die Vitalität der Honigbiene fördern und stärken.

Anmeldung: Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, info@lhvhs.de

Internationale Dorfkonferenz

13. u. 14. Mai 2011, Berlin

Konferenz der Vereinigung der Dorfbewegungen Europas ERCA mit Erfahrungsaustausch zu praktischer Dorferneuerung und zur Rolle von Dorfbewegungen in 23 europäischen Ländern. Podiumsdiskussion mit Abgeordneten der Bundestagsfraktionen Kontakt: Stefan Linke, ☎ 030 44310-156; Anmeldung bis 15. April: Dorfkonferenz@rosalux.de, Fax: 030 44310-182 (an Dorfkonferenz, z. Hd. Frau Hüneburg)

AbL Regionalgruppe Franken

Bauer sucht Verbraucher für gemeinsame Zukunft

08. bis 10. Juli 2011, Kitzingen

Aktionstage bäuerliche Landwirtschaft auf der Gartenschau in Kitzingen mit Melken am Gummieuter unserer „Faironika“, Lebensmittelquiz, Information und Diskussion rund um bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft. Fr, 8.7. von 14 bis 17 Uhr, Sa. und So. jeweils 11 bis 14 Uhr. Veranstalter: AbL Regionalgruppe Franken, BDM, Die Faire Milch

AbL Bayern

Dienstag, den 5. April 2011

19 Uhr, EineWeltHaus München, Schwanthalerstr. 80, Rgb.

Land Grabbing am Beispiel Paraguay

Fachgespräch von Menschenrechtsorganisation FIAN und AbL-Bayern über die globalen Ursachen des Ausverkaufs von Ackerland für die indigene Bevölkerung und Kleinbauern in Paraguay. Beleuchtet wird dabei auch die Rolle der deutschen Soja-Importe für den Einsatz als Futtermittel sowie zur Agrarreibstoffgewinnung.

Mit: **Perla Álvarez Britez**, Organisation von Bäuerinnen und Indigenenfrauen CONAMURI; **Marcos Andrés Glauser Ortiz**, Sozialforschungsinstitut BASE IS/ Paraguay; **Josef Schmid**, AbL-Bayern.

Kontakt: FIAN, Tel. 089-82071284, MMOlberz@web.de; AbL-Bayern, Tel. 08679-6474, remmelberger@t-online.de

AbL Regionalgruppe Weser-Ems

Freitag, den 15. April 2011

20 Uhr in der Gaststätte „Meta“, Kirchstr. 1, 26835 Hesel

Zu einem Vortrag des kritischen Agrarwissenschaftlers Prof. Onno Poppinga laden die AbL-Regionalgruppe Weser-Ems und das BDM-Team Ostfriesland herzlich ein.

Onno Poppinga erläutert seine Einschätzung der GAP-Reformvorschläge von Agrarkommissar Ciolos. Besonderes Gewicht legt er dabei auf die Koppelung der Direktzahlungen an den Arbeitskräftebedarf eines Betriebes. Diese könnte eine Möglichkeit bieten, die Benachteiligung kleiner, arbeitsintensiver Höfe durch das Gießkannenprinzip der bisherigen Flächenprämien aufzuheben.

Eiweißfutter regional und gentechnikfrei in NRW

Interessierte mit Praxiserfahrung bitte melden !

Im seit Anfang März 2011 laufenden Projekt der **AbL**NRW

„Vom Acker in den Futtertrog – Zukunftsweisende Eiweißfutter-Versorgung in NRW“

suchen wir Leute, die selber Körnerleguminosen wie Ackerbohnen, Erbsen und Lupinen sowie auch im Feldfutterbau Luzerne, Klee gras und andere Arten angebaut haben, noch anbauen oder Interesse haben, dies in Zukunft zu tun.

Desweiteren suchen wir Betriebe, die selber ihre Fütterung mit regional erzeugten Eiweißfuttermitteln sicherstellen.

Damit wollen wir Erfahrungen aus der Praxis sammeln, Leute und Wissen zusammen zu bringen und über Demonstrationsbetriebe die Öffentlichkeit stärker für das Thema sensibilisieren.

Angesprochen sind ökologisch wie konventionell wirtschaftende Betriebe sowie auch Erzeugergemeinschaften, Futtermühlen und andere, die Berührungspunkte mit einer gentechnikfreien Eiweißfuttermittellieferung haben.

Weiteres auch im Artikel auf Seite 7.

Interessierte melden sich bitte bei:
Christoph Dahlmann, **AbL** NRW,
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Tel.: 02381-9053170, Fax: -492221,
E-mail: dahlmann@abl-ev.de



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel: hanna.bes@gmx.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckhardt Niemann, Tel: 01511-1201634; mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Völling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 93,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 128,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 38,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 63,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247

Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;

Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;

Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;

Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;

Homberg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon:0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039

Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.:

08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute

Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel.

08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512;

ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef

Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara

Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig,

Tel: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de

Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250;

Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Schräge Typen auf dem Acker

Auf den Feldern ist höllisch was los. Da tummeln sich offenbar nicht nur Bauern mit ihren Drillmaschinen, Düngerstreuern, Pflanzenschutzspritzen oder Mähreschern. Noch ganz andere Akteure auf den Äckern zeigen uns die vielen bunten Pestizid-Anzeigen in den bauernverbandsnahen Wochenblättern und Agrarmagazinen: Blaue, kahlgeschorene, barbiepuppen-ähnliche Kunststoffroboter zum Beispiel, die uns im Auftrag von BAYER zum Einsatz der Insektizid-„Power-Fusion“ BISCAYA DECIS auffordern. Am Feldrand sehen wir eine Frau liegen, mit einem Gewehr im Anschlag – die verspricht uns „Volltreffer auf der ganzen Linie“ mit dem BASF-Basisherbizid BIATHLON. Die Frau muss allerdings aufpassen, denn auf dem Acker galoppieren ihr zwei Pferde entgegen, die offensichtlich vor dem BAYER- HUSAR-POWER-SET auf der Flucht sind. Parallel dazu pflügt sich ein Schiff durch die bedrohlichen Unkraut- und Hirsewellen – der „Wellenbrecher“ von STÄHLER mit seinem SUCCESSOR-TOP-PACK. Nicht erschrecken! Gleich neben uns startet eine Rakete von DOW AGROSCIENCE, dessen Herbizid ARIANE „galaktisch gegen Klette, Kornblume und Kamille“ wirken soll.

Noch stärker scheint uns die Faust von PRINCIPAL S als DUPONTs „Chef im Mais“. Ein possierliches Erdmännchen im Frack verweist mit seinem Taktstock auf DIRIGENT SX von DUPONT. Ein weißer Handschuh, dessen Zeigefinger zwischen die Maispflanzen tippt, wird dank „Sauberkeit“ durch CLIOTOP BMX von BASF nicht durch Unkraut-Dreck beschmutzt. In den Ästen eines Baums am Feldrand erkennen wir Rasenmäher, Küchenmixer, Laptops, Liegestühle oder Fahrräder, die wir beim Kauf von BASF-Pestiziden im „Bonusland-Prämienparadies“ gewinnen können. Beim Kauf

von ROUNDUP winken uns nur Pestizid-Messbecher oder ein Hammer-Set. Eine garantierte Monatsrente von 500 Euro lebenslang können wir beim Einsatz von CHAMPION & DIAMANT von BASF „als Lohn Ihrer Arbeit“ gewinnen. „Alles wird gut“ verspricht uns die CREDO-Werbedame von DUPONT. Vor uns sehen wir bereits etliche Mährescher. Sie halten zum Entleeren ihrer Korntanks vor riesigen Frachtschiffen, Silos oder Eisenbahnwaggons – denn nur die allein können offenbar die von AVIATOR DUO XPRO (BAYER CROPSCIENCE) gepowerten Mega-Ernten fassen. Noch mehr moderne Technik finden wir auf den

Da ist es gut, dass wir alsbald auf eine Gruppe von Bauern stoßen, die einen Strick an einen Weizenhalm gebunden haben und vergeblich versuchen, ihn umzuknicken – dank dem SYNGENTA-Halmverkürzer MODDUS. Die wackeren Strick-Zieher haben dabei offenbar gar keinen Blick für eine nette junge Frau mit leicht geöffneter Bluse, die den „idealen Partner im Mais“ namens ARRAT von BASF sucht. „Offen für gemeinsame Stunden im Kornfeld“ ist auch eine Dame namens ALLIANCE, die gemeinsam mit NUFARM den „idealen Partner gegen Unkräuter im Getreide“ finden will. Eine andere Frau sucht „das stärkste Ackerfuchschschwanz-Mittel“

und findet es vermutlich in BAYERS ATLANTIS. Vielleicht interessiert sie sich aber auch für andere schräge Typen auf dem Acker, die offenbar Bauern darstellen sollen und dabei machomäßig ihr Hemd aufreißen – so dass man die KELVIN-Werbung von BASF auf ihrem Shirt sehen kann. Attraktiv vielleicht auch ein verbissen dreinblickender Typ im Weizenfeld, der mit Stickstoff-Dünger von YARA angeblich für Ertrag und Umwelt sorgt. Oder der fröhliche Bauer in Latzhose, der ganz oben auf einer metallenen Ertragssäule von BAYERS CARAX sitzt. Unschlagbarer Top-Favorit bleibt aber vermutlich



Feldern: Zum Beispiel einen schier endlosen Sicherungskasten mit Hunderten von Sicherungsschaltern, mit denen man jeweils einen spezifischen Schädling auf „OFF“ knipsen kann, mit SYNGENTAs KARATE ZEON. Mitten im Acker finden wir auch ein Sicherheitsschloss, das sich zwecks Phoma-Bekämpfung mit BAYERS Mehr-Ertrags-Schlüssel TILMOR öffnen lässt. Wir stolpern über Eiswürfel von DOW AGROSCIENCE, die offenbar gefrorenes und auch bei Kälte wirksames PRIMUS-Herbizid enthalten.

ein leicht untersetzter Herr vor seinem Kartoffelfeld, der sich unter dem Eindruck des „innovativen“ BASF-Kartoffelschutzes durch ORVEGO DUO („mit Initium“) als bekennender „ORVEGOist“ outet. Pflanzenschutz-Werbung kann also ganz offenbar drogenartige, sinnvernebelnde und süchtigmachende Wirkungen haben. Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie deshalb bitte die *Unabhängige Bauernstimme* (garantiert ohne Werbung von Chemie- und Gentechnik-Konzernen). en

unabhängige Bauernstimme: stärkt Bäuerinnen und Bauern!

04/2011

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221